

**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 27. Januar 2022,
digitale Sitzung
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 21.50 Uhr**

Anwesend sind: 40 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Urs Knapp, 5. Dr. David Plüss,
6. Simone Sager, 7. Deny Sonderegger, 8. Markus Wyss, 9. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Florian Eberhard, 3. Anna-Lea Enzler, 4. Lea Jäggi,
5. Daniela Minikus, 6. Luc Nünlist (ab 19.45 Uhr), 7. Luisa Segessenmann

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf, 5. Marc Winistörfer

Junge SP Region Olten:

1. Simea Fürst, 2. Cécile Send

Olten jetzt!:

1. Salome Kisker, 2. Daniel Kissling, 3. Tobias Oetiker, 4. Laura Schöni, 5. Denise Spirig (ab
20.00 Uhr), 6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat:

Thomas Marbet, Stadtpräsident

Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport

Marion Rauber, Direktion Bau

Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste

Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales

Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Urs Tanner, Finanzverwalter

Vorsitz: Florian Eberhard

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

- 6.7. Auftrag Christine von Arx & Eugen Kiener (SP/JSP) betr. Alternative für entgangene Altersausflüge in den Jahren 2019, 2020 und 2021
- 6.8. Interpellation Christine von Arx (SP) und Corina Bolliger (JSP) betr. Frauenanteil bei Vertretungen des Stadtrats in Kommissionen, Behörden und Institutionen
- 6.9. Auftrag Huguette Meyer Derungs (SP/JSP) betr. Überprüfung der Anzahl Lehrstellen und Praktikumsplätze in der Stadt Olten
- 6.10. Auftrag Christian Ginsig (CVP/EVP/glp) betr. Stadtseitenverbindung Olten über einen Velotunnel beim Bahnhof Olten
- 6.11. Auftrag Felix Wettstein (GO) und MU betr. Globalbudgets zur Führung des Gemeindehaushalts
- * 6.12. Auftrag Bartolomeo Vinci (CVP/EVP/glp) betr. Lademöglichkeiten für Elektroautos erweitern
- * 6.13. Auftrag Raphael Schär-Sommer (Fraktion Grüne) betr. Verband Schweizerische Gasindustrie (VSG)
- * 6.14. Auftrag Martin Räber (Fraktion Grüne) Betr. Nachhaltige Beschaffung
- * 6.15. Auftrag Martin Räber (Fraktion Grüne) betr. Keine zusätzlichen Anschlusskosten durch energetische oder umwelttechnische Sanierung
- * 6.16. Interpellationen 1 - 3 Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Kunstmuseum
- * 6.17. Auftrag Christine von Arx (SP) betr. Vollständige Publikation Rechtssammlung
- * 6.18. Überparteiliche Interpellation Marc Winistörfer (SVP), Urs Knapp (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Notschlafstelle neben Froheimschulhaus und Pauluskirche
- * 6.19. Auftrag Manfred Schoger (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Abstimmung der Stundenpläne von Kindergarten und Primarschule
- * 6.20. Auftrag Manfred Schoger (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Digitales Baugesuch
- * 6.21. Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Abstimmungsversprechen einhalten, Nettokosten der Museen senken!
- * 6.22. Kleine Anfrage Martin Räber (GO) betr. Erhebung eines Klimarappens für den Aufbau von PV-Anlagen
- * aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsident Florian Eberhard begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2022

Prot.-Nr. 43

Auftrag Christine von Arx und Eugen Kiener (SP/JSP) betr. Alternative für entgangene Altersausflüge in den Jahren 2019, 2020 und 2021/Beantwortung

Mit Mail vom 25. Mai 2021 haben Christine von Arx und Eugen Kiener (SP/JSP) folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, sobald die Einschränkungen der Covid-19-Pandemie beendet werden können, für diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt, die in den Jahren 2019, 2020, 2021 und allenfalls in Folgejahren auf einen von der Stadt organisierten Altersausflug (jeweils die 75- und 80-jährigen) verzichten mussten, eine oder mehrere Veranstaltungen zu organisieren, bei der das fröhliche Beisammensein der Älteren im Vordergrund stehen soll.

Stehen die für die Altersausflüge budgetierten Mittel nicht mehr zur Verfügung, ist im Budget 2022 oder allenfalls im Budget eines Folgejahres ein entsprechender Betrag aufzunehmen.

Begründung:

In den Budgets 2019, 2020 und 2021 ist jeweils ein Betrag von 40'000 Franken (Konto 5350.3110.00) für Altersausflüge enthalten. 2019 wegen dem Budgetreferendum sowie 2020 und 2021 wegen der Pandemie mussten diese Anlässe abgesagt werden. Inzwischen sind die Angehörigen der entsprechenden Altersgruppe geimpft. Sie freuen sich, wenn die Präventionsmassnahmen bald gelockert werden und sich Menschen wieder in grösseren Gruppen treffen können.

Statt nach Reisen sehnen sich viele Ältere nach Begegnungen, nach dem Austausch mit Jahrgängerinnen und Jahrgängern, nach Bekannten und Leuten, die man nicht täglich trifft, aber doch wieder einmal sehen möchte. Mit der Organisation einer oder mehrerer Veranstaltungen für diejenigen, welche auf die Altersausflüge verzichten mussten, würde die Stadt vielen Seniorinnen und Senioren eine grosse Freude bereiten. Die Veranstaltungen sollten neben unterhaltenden Darbietungen (Theater, Kabarett, Musik usw.) und einem Imbiss viel Zeit für das ungezwungene Beisammensein umfassen.»

- - - -

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Seit 2014 gibt es einerseits einen gemeinsamen Ausflug für die 75- und 80-Jährigen im Frühsommer, andererseits den Nachmittag für Seniorinnen und Senioren ab Alter 81 im Stadttheater Anfang November. Im Budget sind jeweils für den Ausflug 14'000 Franken eingestellt, für den Nachmittag inklusive Personentransporte ins Stadttheater 26'000 Franken. Vor 2014 wurden separate Ausflüge für 70-Jährige, 75-Jährige und 80-Jährige sowie der Nachmittag durchgeführt; aus finanziellen Gründen und wegen sinkendem

Interesse bei den 70-Jährigen, die vielfach individuelle Reisen bevorzugen, wurde der Umfang reduziert. Zu erwähnen sind noch Zeichen der Wertschätzung wie Geburtstagskarten oder Blumensträusse für «hohe» Geburtstage. Zudem gilt es festzuhalten, dass in den letzten Monaten auch viele andere Veranstaltungen für alle Alterskategorien wie Schulfest, Kilbi, Anlässe für Neuzugezogene etc. nicht durchgeführt werden konnten.

2019 fiel der Ausflug wegen des Budgetreferendums aus. 2020 sind sogar beide Anlässe wegen Corona ausgefallen. Auch im laufenden Jahr wurden nochmals beide Anlässe aus dem gleichen Grund abgesagt. Das heisst konkret, für die Jahrgänge 1939, 1940, 1941, 1944, 1945 und 1946 sind in den letzten drei Jahren die Ausflüge ausgefallen. Diese Jahrgänge umfassen derzeit rund 760 Personen.

Die über 80-Jährigen, die für den Nachmittag für Seniorinnen und Senioren eingeladen werden, sind über 1100 Personen pro Jahr. Der Konzertsaal war bei der letzten Durchführung 2019 mit gegen 400 Personen komplett gefüllt. Eine Kombination wäre somit nicht möglich.

Der Stadtrat ist seinerseits bereits auf der Suche nach alternativen Formen, damit sich die Seniorinnen und Senioren wieder und auch weiterhin begegnen können, und empfiehlt daher dem Gemeindeparlament, den Prüfungsauftrag erheblich zu erklären. Dabei gilt es aber schon zum jetzigen Zeitpunkt darauf aufmerksam zu machen, dass sich angesichts der wachsenden Zahl der in Olten lebenden Seniorinnen und Senioren die Suche nach geeigneten Lokalisationen als schwierig erweisen wird. Bei einer Aufteilung auf mehrere Anlässe steigt andererseits der Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen für deren Organisation.

- - - -

Dr. Christine von Arx: Ihr müsst keine Angst haben, dass ich wieder eine Riesendiskussion vom Zaun reisse. An der Budgetsitzung haben wir dies lange diskutiert. Wir haben darüber abgestimmt. Es hat ein Ergebnis gegeben, und ich akzeptiere dies selbstverständlich so. Es freut mich aber trotzdem, dass der Stadtrat auch einen gewissen Handlungsbedarf sieht, wie man der älteren Generation eine gewisse Wertschätzung als Gesellschaft gegenüberbringen kann und es doch ein gewisses Bedürfnis für Altersausflüge und Altersnachmittage gibt. In diesem Jahr werden die Ausflüge vermutlich wieder wegfallen. Verschärft ist jetzt etwas viel gesagt. Aber es zeigt tatsächlich, dass man sich Gedanken über dieses Thema machen muss. Wie gesagt, das macht der Stadtrat schon. Jetzt könnte man sagen, gut, ich könnte diesen Antrag zurückziehen. Da stellt sich einfach ein kleines Problem mit der Aussenwirkung. Wir hatten diese Frage schon beim Auftrag von Felix wegen der Isolierung der Liegenschaften, und diese Frage wird sich auch heute Abend noch ein paar Mal stellen. Wie gehen wir mit Aufträgen um, bei denen der Stadtrat schon etwas macht, weil er den Handlungsbedarf sieht? Hier ist er bereit, ihn entgegenzunehmen, an anderen Orten nicht, mit der Überlegung, dass er ein Stück weit den Aufwand scheucht, dass man Bericht erstatten muss, wenn etwas erheblich erklärt wird, an dem er ja eigentlich schon ist. Wenn man zurückzieht, signalisiert dies ein wenig, dass man nicht mehr so ganz hinter seinem Anliegen steht. Das tue ich hier nicht. Ich stehe nach wie vor dazu. Der Stadtrat muss sich immer überlegen, ob er eine Erheblicherklärung beantragt mit dem Wissen, dass es zusätzlich Aufwand generiert oder Nichterheblicherklärung beantragt, was auch wieder signalisiert, dass er mit dem Anliegen eigentlich nicht einverstanden ist. Wenn man darüber abstimmen lässt, führt dies alle in die gleiche Zwickmühle. Ich habe gesehen, dass die einzige Möglichkeit wahrscheinlich ist, wenn man Artikel 46 des Geschäftsreglements ergänzt, dass man wie beim Kanton die Möglichkeit hat, etwas erheblich zu erklären und gleich abzuschreiben. Deshalb werde ich auch einmal einen entsprechenden Auftrag einreichen. Aber vorläufig bitte ich Euch trotzdem, auch weil dieses Anliegen beim Stadtrat auf ein positives Echo gestossen hat, diesen Auftrag erheblich zu erklären.

Heinz Eng, FDP-Fraktion: Ich kann gleich an das von Christine Gesagte anknüpfen. Es wäre jetzt effektiv fatal und unangebracht, wenn wir in diesem Rat wieder eine Polemik und entsprechend ein Riesenpalaver über Sinn und Unsinn vom Zaun reissen würden. Im Budget haben wir dies durchgekämmt und gemacht. In diesem Sinne haben wir es begriffen. Christine, zurückziehen ist nie falsch. Zurückziehen zeigt auch eine gewisse Vernunft, ein gewisses Vertrauen in den Stadtrat. Er hat ja gesagt, er mache etwas. Da hat scheinbar die FDP-Fraktion mehr Vertrauen in einen linken Stadtrat als Du selber. Hier haben wirklich Vertrauen in den Stadtrat, dass er in diesem Sinne etwas machen wird. Die FDP-Fraktion wird, und ich möchte aus Effizienzgründen abschliessen, diesen Auftrag nicht erheblich erklären. Wenn es dann eine Riesenpolemik gibt, werde ich schlussendlich noch einen Zusatzantrag stellen, dass man die entgangenen Skilager der Bezirksschule Olten ebenfalls nachholen soll. Dann könnten 18- oder 19-Jährige drei Jahre später noch irgendwo in der Schweiz an Skilagern teilnehmen.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Die Begegnungen mit den Menschen in Olten, natürlich auch mit der älteren Bevölkerung, haben gelitten, insbesondere durch die Pandemie in den letzten zwei Jahren und 2019 durch das fehlende Budget, 2022 vielleicht noch eine Kombination von beidem. Wir werden sehen, was in den nächsten Wochen passiert. Es ist uns wirklich ein Anliegen, dass wir diesen Kontakt auch wieder aufnehmen können. Es ist nicht nur mit der älteren Bevölkerung, wenn ich es so sagen darf, sondern es sind auch die Neuzuzüger-Empfänge, die gelitten haben, die wir nicht durchführen konnten. Wir möchten dies möglichst schnell wieder aufnehmen, sobald es die Situation erlaubt. Ich habe es bei der Budgetdebatte schon gesagt. Allerdings ist es relativ schwierig, hier verschiedene Jahrgänge aufzuholen. Wir hatten, wenn ich dies in Erinnerung rufen darf, beim Altersnachmittag im Stadttheater bereits Kapazitätsengpässe. Da macht es nicht einfacher. Wir haben uns deshalb aber auch überlegt, dass wir dies in diesem Jahr ein wenig vorziehen, wirklich noch in die wärmere Jahreszeit gehen, in den Spätsommer oder den frühen Herbst, so dass man dies vielleicht doch auch mit Aussenplätzen oder Nutzung draussen verbessern kann. Das Aufholen wird kaum möglich sein. Dort auch für die Neuzuzüger-Empfänge gewissermassen mehrere Jahrgänge zusammen zu nehmen, ist sehr schwierig, auch von unseren Ressourcen in der Verwaltung, aber auch von den Kapazitäten, die es dann in der Stadt hat. Es kostet natürlich auch noch etwas. Nichts destotrotz wollen wir diesen Kontakt natürlich pflegen. Wir tun dies mit den Möglichkeiten, die wir haben, sei es mit den Verlautbarungen, sei es bei Anlässen, an die wir gehen und uns zeigen oder mit der berühmten Schoggi, die wir letztes Jahr verteilt haben. Ich weiss, und Ihr mögt dies natürlich auch unterstützen, dass es kein Ersatz für die Ausflüge war, bei Weitem nicht. Das ist mir klar. Es war auch nie so gedacht. Es war eine Geste, dass wir ein Zeichen setzen können, die in eine ähnliche Richtung gegangen ist wie der digitale Anlass, den wir im Herbst zusammen mit Pro Senectute hatten, wo wir versucht hatten, mindestens auf virtuellem Weg, ein wenig die Möglichkeit zu schaffen, auch für die älteren Menschen, von den Angeboten der Stadt zu profitieren. Wir möchten weiterdenken. In diesem Sinne würden wir auch empfehlen oder sind bereit, diesen Prüfungsauftrag entgegenzunehmen. Ich denke, die Auslegung im engeren Sinn, dass man all die verpassten Jahrgänge aufholen möchte, wird wahrscheinlich nicht möglich sein. Merci vielmals.

Salome Kisker: Wir von Olten jetzt! schliessen uns den Vorrednern einstimmig an und werden diesen Antrag auch erheblich erklären.

Thomas Kellerhals, CVP/EVP/glp-Fraktion: Bei uns hat es eigentlich nicht grosse Diskussionen gegeben. Dieser Auftrag war eigentlich auch unbestritten. Ich weiss, Heinz Eng hat es bereits gesagt. Die Skilager wurden auch abgesagt. Es sind schwierige Zeiten für alle, nicht nur für ältere Menschen. Aber wir denken doch, dass ältere Menschen auch besonders betroffen sind. Erstens ist die Lebenszeit bei ihnen schneller um. Auch wenn man ein Skilager nicht zurückbringen kann, sie sind auch einmalig in der Jugend, aber gleichwohl haben jüngere Leute noch das ganze Leben vor sich. Zudem muss man auch bedenken, dass jüngere Leute sich auch in Zeiten, in denen man sich isolieren oder zurückziehen

müssen, über die Social Media austauschen können, über Whatsapp oder was es alles gibt. Diese Gelegenheit und Kenntnisse haben die älteren Menschen einfach noch nicht. Wenn ich meinen Vater sehe, wie er schon mit einer SMS zu kämpfen hat, ist es für sie nicht natürlich. In diesem Sinne sehen wir schon, dass sie besonders gelitten haben. Wir sind auch nicht der Meinung, dass man alles, was vorher verpasst wurde, in ein kurzes Programm hineinpacken muss. Deshalb waren wir ja auch bei der Budgetdebatte nicht dafür. Aber dass man hier alles versucht, dass man gewisse Sachen etwas mehr machen kann, eigentlich auch, wie es der Stadtrat sieht, da sehen wir schon Möglichkeiten und würden hier, und das ist ja ebenfalls die Meinung des Stadtrats, und würden diesen Antrag einstimmig erheblich erklären.

Lukas Lütolf: Ich halte mich relativ kurz. Die grüne/junge grüne Fraktion ist für die Erheblicherklärung des vorliegenden Vorstosses, weil im Gegensatz zum Antrag auf Erhöhung in der vergangenen Budgetdebatte dem Stadtrat jetzt die nötige Freiheit gegeben wird, Alternativen zu prüfen und vor allem auch den Zeitpunkt festzulegen, in dem man solche Veranstaltungen wieder ohne grössere Risiken durchführen kann.

Ursula Rüegg, SVP: Ich kann es auch relativ kurz machen. Unsere Fraktion schliesst sich dem Auftrag der SP/jungen SP an und wird zu diesem sympathischen Auftrag einstimmig ja sagen können. Wir finden es richtig und wichtig, dass sich der Stadtrat auch Gedanken zu Alternativen macht. Auch wir denken, dass es nicht möglich ist, alle Jahrgänge miteinander einzuladen. Aber ich finde, die Schoggi war ein guter Anfang. Ich habe die Hälfte davon erhalten. Zwar bin ich noch nicht in diesem Alter. Danke.

Beschluss

Mit 29 : 9 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleiter entsprechenden Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2022

Prot.-Nr. 44

Interpellation Christine von Arx (SP) und Corina Bolliger (JSP) betr. Frauenanteil bei Vertretungen des Stadtrats in Kommissionen, Behörden und Institutionen/Beantwortung

Am 25. Mai haben Christine von Arx (SP) und Corina Bolliger (JSP) folgende Interpellation eingereicht:

«Am 26. April 2021 hat der Stadtrat für die Amtsperiode 2022-2025 seine Arbeitgeber*innenvertreter für die Pensionskasse der Stadt Olten gewählt. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Weshalb ist die Wahl noch durch «alten» Stadtrat erfolgt, obwohl die Amtsperiode erst am 1.1.2022 beginnt und damit keine zeitliche Dringlichkeit besteht?
2. Wie hat sich das Wahlverfahren gestaltet? Ist eine Ausschreibung erfolgt? Wenn ja, wo? Wenn nein, weshalb nicht?
3. Nach welchen Kriterien werden die Arbeitgeber*innenvertreter*innen ausgewählt?
4. Gibt es eine Nachfolgeplanung? Wie sieht diese aus? Weshalb gibt es keine?
5. Wie will der Stadtrat in Zukunft sicherstellen, dass die Arbeitgeber*innenvertretung auch aus Frauen besteht? Hält der Stadtrat unter diesem Gesichtspunkt seine Arbeitgeber*innenvertretung überhaupt noch als haltbar?
6. Welche anderen Behörden und Institutionen gibt es, in die der Stadtrat mehr als einen «Delegierten» entsendet bzw. ist folgende Auflistung vollständig: Fachkommission Suchthilfe Ost (2), Regionalverein Olten-Gösigen-Gäu (7), Sportpark AG (7), sbo (voraussichtlich 3).
7. Wann finden diese Wahlen statt und wie gestaltet sich das Prozedere?
8. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass seine «Mehrpersonen-Delegationen» sowohl aus Männern wie auch Frauen bestehen?
9. Der Stadtrat entsendet weitere «Delegierte» in Kommissionen, Behörden und Institutionen, jeweils als Einerdelegation. Wie stellt er sicher, dass über das Ganze gesehen, die Geschlechter ausgeglichen berücksichtigt werden?»

- - - -

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. *Weshalb ist die Wahl noch durch «alten» Stadtrat erfolgt, obwohl die Amtsperiode erst am 1.1.2022 beginnt und damit keine zeitliche Dringlichkeit besteht?*

Dem Stadtrat ist es jeweils ein Anliegen die Vollständigkeit des obersten Organs der Pensionskasse rechtzeitig anzugehen. Dies auch darum, weil die Unvollständigkeit des obersten Organs schlimmstenfalls durch die Stiftungsaufsicht sanktioniert werden kann. Würde ein Mitglied auf eine Wiederwahl verzichten, so könnte die Findung einer neuen geeigneten Person mehrere Monate dauern. Dies auch darum, weil die Verantwortung erheblich ist. Weiter war es dem Stadtrat ein Anliegen, den aktuellen Transformationsprozess der Anlagen (ESG-konforme Anlagen) und der Anpassung von technischen Grundlagen mit einer gewissen Kontinuität sicherzustellen. Der Stadtrat dankt allen Mitgliedern der Pensionskommission für das erneute grosse Engagement zu Gunsten der Versicherten.

2. Wie hat sich das Wahlverfahren gestaltet? Ist eine Ausschreibung erfolgt? Wenn ja, wo? Wenn nein, weshalb nicht?

Da die aktuellen Mitglieder ihre Fachkompetenz erfreulicherweise für eine weitere Periode zur Verfügung stellen, nahm der Stadtrat das Angebot an. Eine Ausschreibung erfolgte nicht, da der Stadtrat für einen Wechsel in der Kommission keinen Bedarf sah und es keine Rücktritte gab.

*3. Nach welchen Kriterien werden die Arbeitgeber*innenvertreter*innen ausgewählt?*

Die aktuellen Vertreter der Stadt weisen alle einen direkten Bezug zum Geschäft der Pensionskasse aus. So sind die Mitglieder heute selber Verwalter einer Pensionskasse (eidg. dipl. Pensionskassenleiter), Wertschriftenspezialisten, Wirtschaftsprüfer (eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer) welche selber Pensionskassen revidieren, oder haben als Stiftungsräte bereits bei anderen Pensionskassen Einsitz.

Für den Stadtrat hat die fachliche Besetzung des obersten Organs –im Interesse der Versicherten – oberste Priorität. Er achtet bei der Besetzung deshalb schwergewichtig auf die nötige Fachkompetenz in diversen Bereichen (Versicherungstechnik, Pensionskassenwissen, Wertschriftenkenntnisse). Weiter müssen die zu wählenden Mitglieder gegenüber der Pensionskasse unabhängig sein. So darf ein gewähltes Mitglied selber nicht Leistungsempfänger bei der Pensionskasse sein. Dies gilt ebenso für nahe Verwandte. Im Rahmen der vorgeschriebenen Ausgliederung aus der Stadtverwaltung wurde festgelegt, dass die Politik die Finanzierung festlegt und die Pensionskasse die sich daraus ergebende Leistung. Somit kann z.B. auch kein Mitglied des Stadtrates oder des Gemeindeparlaments Mitglied des obersten Organs werden.

4. Gibt es eine Nachfolgeplanung? Wie sieht diese aus? Weshalb gibt es keine?

Der Stadtrat hat die aktuellen Mitglieder für die Periode 2022-2025 gewählt. Eine darüberhinausgehende Planung erscheint dem Stadtrat aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Pensionskassengeschäftes (Bsp. Konsolidierungen) wenig sinnvoll.

*5. Wie will der Stadtrat in Zukunft sicherstellen, dass die Arbeitgeber*innenvertretung auch aus Frauen besteht? Hält der Stadtrat unter diesem Gesichtspunkt seine Arbeitgeber*innenvertretung überhaupt noch als haltbar?*

Wie bereits erwähnt, ist für den Stadtrat die Fachkompetenz ausschlaggebend. Bei einem Austritt eines Mitgliedes des obersten Organs wird der Stadtrat die freiwerdende Charge auf seiner Homepage ausschreiben.

Die von Stadtrat eingesetzten Vertreter im obersten Organ haben zusammen mit der Arbeitnehmervertretung und den Vertretungen der angeschlossenen Körperschaften in den letzten Jahren trotz der vorgefundenen, sehr schwierigen Ausgangslage ausgezeichnete Arbeit geleistet. Die Frage betreffend der «Haltbarkeit» der aktuellen Mitglieder stellt sich deshalb für den Stadtrat nicht.

6. Welche anderen Behörden und Institutionen gibt es, in die der Stadtrat mehr als einen «Delegierten» entsendet bzw. ist folgende Auflistung vollständig: Fachkommission Suchthilfe Ost (2), Regionalverein Olten-Gösigen-Gäu (7), Sportpark AG (7), sbo (voraussichtlich 3).

Der Stadtrat bestimmt eine mehrköpfige Delegation für die Fachkommission Suchthilfe Ost (2) und für den Regionalverein OGG (7) und wählt den Verwaltungsrat der Sportpark Olten (5), denjenigen der sbo, in welcher er noch eine Vertretung (Finanzdirektor) hat, und bestimmt als Alleinaktionär über seine Vertretung an der GV auch indirekt denjenigen der Stadttheater Olten AG (5).

7. Wann finden diese Wahlen statt und wie gestaltet sich das Prozedere?

Die Wahl in den sbo-Verwaltungsrat hat bereits stattgefunden (<https://www.oltten.ch/aktuellesinformationen/1290697>); die neu zu besetzenden Mandate waren öffentlich ausgeschrieben. Ebenso hat auch die GV der Stadttheater Olten AG bereits stattgefunden. Die übrigen Delegationen werden im Herbst 2021 bestimmt. Nomination und Wahl erfolgen durch den Stadtrat. Bei der Fachkommission Suchthilfe stehen die politische Verantwortung und die Fachkompetenz im Vordergrund, der Delegation für den Regionalverein gehören der Gesamtstadtrat sowie Stadtschreiber/in und Rechtskonsulent/in an.

8. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass seine «Mehrpersonen-Delegationen» sowohl aus Männern wie auch Frauen bestehen?

und

9. Der Stadtrat entsendet weitere «Delegierte» in Kommissionen, Behörden und Institutionen, jeweils als Einerdelegation. Wie stellt er sicher, dass über das Ganze gesehen, die Geschlechter ausgeglichen berücksichtigt werden?

Wie die beiliegende Auflistung von Massnahmen der Stadt Olten zum Thema Gleichstellung zeigt, sind wesentliche Grundlagen vorhanden und auch Bestrebungen im Gange, um das genannte Ziel zu erreichen. Der Stadtrat hat zudem im neuen Regierungsprogramm das Ziel gesetzt, den Frauenanteil in Kaderpositionen zu erhöhen. Daneben sind aber auch andere Anforderungen mitentscheidend wie Ausbildung und Eignung oder auch Ergänzung bestehender Teams. Es obliegt aber auch anderen Gremien, welche Kandidierende für Behörden nominieren, insbesondere den Parteien, mit ihren Nominationen dafür zu sorgen, dass der Frauenanteil wächst.

- - - -

Dr. Christine von Arx: Die Antworten sprechen für sich. Es gibt an und für sich nicht viel zu sagen, ausser, dass man, wenn man nichts sehen will, auch nichts sieht. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass es der Stadtrat in der neuen Zusammensetzung war, der diese Antworten gegeben hat, ein Stadtrat, bei dem zumindest ich davon ausgegangen bin, dass er sich für mehr Diversität einsetzen will. Ob es jetzt so glücklich ist, dass man keine Ausschreibung macht, wenn man keine Vakanz hat, weiss ich nicht, vor allem, wenn man sich auf die Fahne schreibt, dass man für eine Stelle immer die geeignetste Person haben möchte. Der Stadtrat betont mehrmals, dass es als wichtiges Element vor allem auf die Fachkompetenz ankommt. Wenn man dies jetzt in Zusammenhang mit dem Sinn und Geist der Interpellation stellt, kann man dies auch so verstehen, dass Frauen vermutlich nicht ganz so kompetent wie Männer sind. Sonst würde es eigentlich keinen Grund geben, weshalb man sich nicht bemüht, den Frauenanteil ein wenig zu erhöhen. Schockiert bin ich aber vor

allem über die Aussage, dass man keine Nachfolgeplanung hat und sich dies scheinbar auch nicht überlegen will. Gerade wenn das massgebende Kriterium die Fachkompetenz ist, müsste man vorausschauend planen. Die Fachpersonen wachsen nicht einfach so an den Bäumen. Ich habe selber während des Studiums für eine Pensionskasse, einen Verwaltungsrat gearbeitet. Es ist schwierig, geeignete Leute zu finden. Da muss man sich vielleicht jeweils schon ein paar Jahre vorher Gedanken machen, wo man sich umschauchen und wie man dies angehen will. Ich weiss nicht, ob dies wirklich so das verantwortungsvolle Vorgehen bei der Besetzung dieser Art von Ämtern ist. Dann habe ich noch um eine Auflistung verschiedener Ämter oder Delegierter, die der Stadtrat hat, gebeten. Er hat einige gemacht. Ich glaube, bei mir ist irgendeinmal irrtümlicherweise eine Mail bei mir gelandet, die an die SVP hätte gehen sollen. Ich habe gesehen, dass es noch einen Delegierten für eine Alterswohnungen-Genossenschaft gibt, Katasterschätzungskommission. Ich habe nicht gewusst, dass Heinz dies bei der Schützengesellschaft macht, wenn ich dies richtig gesehen habe. Unabhängig davon, wer dies besetzt, hätte dies natürlich auf diese Liste gesetzt werden sollen. Letztendlich ist es trotzdem löblich, dass sich der Stadtrat zum Ziel gesetzt hat, die Frauenvertretung zu erhöhen. Wie schon gesagt ist es ein löbliches Ziel, nützt allerdings wenig, wenn man nicht wirklich einen Plan hat, wie man dies angehen will, nachdem es schon in den letzten 20 Jahren nicht wirklich funktioniert hat. Insofern bin ich von den Antworten nicht befriedigt. Aber auch da denke ich, dass es noch eine längere Diskussion gibt. Die Frage ist aufgeworfen, die Problemstellung klar.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich komme diesem Wunsch nach, dass wir keine lange Diskussion führen und verweise auf die Beantwortung vom 16. August. Jetzt höre ich einmal zu und werde mich gegebenenfalls am Ende noch einmal melden. Danke.

Simone Sager: Wir in der FDP glauben an den Stadtrat und unterstützen sein Vorgehen, dass man die Diversity realisieren können soll. Aber für uns ist auch klar, dass die Fachkompetenz schlussendlich der ausschlaggebende Punkt sein soll. Wichtig erscheint uns aber gleichzeitig noch, dass auch entsprechende Bewerbungen eingehen, wenn gewisse Stellen ausgeschrieben werden oder wenn in Kommissionen Stellen frei werden, dass sich die weiblichen Personen auch melden, die einen solchen Job übernehmen wollen. Wenn gleich ausgebildete Personen zur Auswahl stehen, Frau und Mann, dass dann einer Frau der Vorzug gegeben werden soll, dahinter stehen wir komplett. Deshalb glauben wir an den Stadtrat, dass es seinen Weg nimmt. Was Du, Christine, vorhin wegen der Nachfolgeplanung gesagt hast, ist immer so eine Sache. Man kann eine Nachfolgeplanung aufgleisen, Stand heute, und in einem Jahr kann das Ganze wieder über den Haufen geworfen werden. Dass die Leute bei der Pensionskasse wieder für vier Jahre zugesagt haben, ist klar. Das ist nicht eine vierjährige fixe Zusage. Aber dass man hier schon aufgleisen und Ideen sammeln will, ist relativ schwierig, vor allem auch, weil ich jetzt einmal davon ausgehe, dass es hier nicht Leute gibt, die den Bettel von heute auf morgen hinschmeissen werden, ausser es ist aus gesundheitlichen Gründen. Es ist immer schwierig damit. Aber wie gesagt sollen die Frauen, wenn es Frauen hat, welche die Voraussetzungen, die es braucht, haben, die Chance erhalten, einen solchen Job zu übernehmen. Danke.

Robin Kiefer, SVP-Fraktion: Ich kann mich eigentlich meiner Vorrednerin grösstenteils anschliessen. Wir sehen es auch wie der Stadtrat, dass bei der Priorität die Fachkompetenz im Vordergrund stehen sollte. Noch ein Punkt ist uns aufgefallen, das Thema Beständigkeit in Kommissionen. Für uns ist es durchaus richtig, dass man auch in Kommissionen eine gewisse Beständigkeit erreichen kann, indem man Mitglieder dazu animieren kann, weiterhin mitzumachen. Wir hatten durchaus ein paar Mal den Fall, dass gewisse Personen gewählt wurden, im Parlament, in Kommissionen, und nach ein oder zwei Mal schon wieder zurückgetreten sind. Ich finde, das ist keine gute Sache. Man sollte eigentlich schauen, dass man hier auch eine gewisse Beständigkeit erreichen kann. In diesem Sinne dies auch so etwas als Anregung für den Stadtrat. Vielen Dank.

Mitteilung an:
Direktionsleiter entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2022

Prot.-Nr. 45

Auftrag Huguette Meyer Derungs (SP/JSP) betr. Überprüfung der Anzahl Lehrstellen und Praktikumsplätze in der Stadt Olten/Beantwortung

Der Stadtrat wird eingeladen die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Gemeinde Olten zu überprüfen und nach Möglichkeit zu erhöhen.

Begründung:

Die momentane Situation auf dem Lehrstellenmarkt ist insbesondere für Schülerinnen und Schülern im tieferen Bildungsniveau schwierig. Durch die steigende Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger in den nächsten Jahren, kombiniert mit einem wohl Covid-19-bedingten Rückgang der angebotenen Lehrstellen wird die Situation noch prekärer.

Die Stadt Olten, die aen miteingeschlossen, bietet ausschliesslich Lehrstellen und Weiterbildungsmöglichkeiten für das höhere Bildungsniveau und eine für das mittlere Profil an; zwei KV-Lehrstellen pro Jahr, sporadisch eine als Zeichner/in EFZ und eine als Fachmann/-frau Betriebsunterhalt alle drei Jahre. Das Potenzial scheint also noch nicht ausgeschöpft zu sein. Beispielsweise könnten beim Werkhof und in den Schulzentren EBA Lehrstellen wie Unterhaltspraktiker/in, Gärtner/in EBA oder Praktikumsstellen im Zusammenhang mit dem BVJ (Berufsvorbereitungsjahr) geschaffen werden.

Eine Ausbildung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt. Die Stadt Olten ist gefordert ihre Verantwortung diesbezüglich stärker wahrzunehmen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um weitere Lehrstellen und Praktikumsplätze anbieten zu können, insbesondere für praktisch orientierte und schulisch schwächere Jugendliche. Um den Lernenden eine gute Ausbildung gewährleisten zu können, ist die Stadt verpflichtet für die Lehrlingsbetreuung allenfalls Ressourcen anzupassen und Fachleute auszubilden.

- - - -

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zur obigen Aufzählung gilt es zu ergänzen, dass die Stadtverwaltung, nebst den erwähnten Lehrstellen, auch eine Vielzahl an Praktikumsplätzen anbietet. Jedoch trifft es zu, dass keine EBA-Lehrstellen¹ angeboten werden. Dies war nicht immer so: bis 2014 wurden im Werkhof entsprechende Ausbildungsplätze für Schülerinnen und Schüler mit tiefem Bildungsniveau

¹ Die zweijährige berufliche Grundbildung (Lehre, Berufslehre) führt zu einem anerkannten Abschluss, dem eidgenössischen Berufsattest EBA. Sie richtet sich hauptsächlich an Personen mit schulischen Schwierigkeiten. Vgl. www.berufsberatung.ch

angeboten. Auch KV-Lehrstellen wurden im grösseren Umfang ausgeschrieben und auch angeboten.

Die Reduktion bzw. Aufhebung der angesprochenen Ausbildungsplätze hat unterschiedliche Gründe. Bei den EBA Lehrstellen waren die Sparmassnahmen für deren Aufhebung verantwortlich. Die Betreuung solcher Lernenden ist sehr aufwändig und personalintensiv. Mit den Sparmassnahmen wurden dem Werkhof die dafür notwendigen Ressourcen entzogen. Mit zusätzlichem, entsprechend qualifiziertem und motiviertem Personal können solche EBA Lehrstellen aber wieder angeboten werden. Aufgrund der stetigen Zunahme der Aufgaben des Werkhofs, müssen im Vorfeld jedoch genügend Ressourcen für die tägliche Aufgabenerfüllung gesprochen werden. Sobald dies gewährleistet ist, kann das Anbieten einer EBA-Lehrstelle näher geprüft werden.

Im KV-Bereich liegt die Sachlage hingegen anders. Da diese Lernenden ein vorgegebenes Lernziel an der Abschlussprüfung vorweisen müssen und um ihnen eine gute Ausgangslage für einen Arbeitsplatz im öffentlichen Sektor zu schaffen, müssen sie während den drei Ausbildungsjahren gewisse Abteilungen zwingend besuchen. Dazu zählen die Buchhaltung und Steuerabteilung, die Einwohnerkontrolle, Baudirektion, mit Hoch und Tiefbau sowie das Präsidium. Nur so ist gewährleistet, dass sie nach Abschluss der Ausbildung die für eine Gemeinde zwingend notwendigen Fachgebiete kennenlernen. Da jede dieser Abteilungen nur einen Ausbildungsplatz anbieten kann, können nur zwei Lernende pro Jahr, also insgesamt 6 Lernende gleichzeitig in der Verwaltung zirkulieren. Eine Aufstockung der Lehrplätze wäre zwar möglich, bedarf aber personelle, organisatorische und räumliche Anpassungen.

Die Stadt Olten ist sich der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft als Arbeitgeberin im dualen Bildungssystem durchaus bewusst und investiert viel, um eine gute Ausbildung anbieten zu können. Die Ausbildungsplätze haben einen hohen Stellenwert und werden in der Jahresrechnung auch entsprechend abgebildet. Zudem wird regelmässig geprüft, ob neue Ausbildungsplätze angeboten werden können, auch für tiefe Bildungsniveau. Dazu braucht es aber zusätzliche Ressourcen, welche im jetzigen Zeitpunkt vor allem für die Erfüllung der Bedürfnisse einer wachsenden Stadt mit einer aktiven Bevölkerung benötigt werden.

Eine weitergehende Prüfung scheint nicht erforderlich, insbesondere weil das Thema «Ausbildungsplätze» und Lernende in der Verwaltung omnipräsent ist und man stetig daran ist, das Angebot sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht zu optimieren. Darum empfiehlt der Stadtrat den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Lea Jäggi, Fraktion SP/Junge SP: Der Vorstoss wurde von Huguette Meyer erarbeitet. Ich nehme gerne in ihrem Namen Stellung. Dass vor allem der Lehrstellenmarkt für Schülerinnen und Schüler mit einem tiefen Bildungsniveau schwierig ist und durch die momentane Situation mit Corona die Lehrstellensuche für die Betroffenen sonst noch erschwert ist, ist uns klar. Deswegen hatten wir von der jungen SP/SP auch eine Erwartungshaltung an den Stadtrat, sich mit diesem Problem zu befassen und Lösungen zu suchen. Wir sind deshalb nicht zufrieden, dass der Stadtrat den Antrag nicht erheblich erklärt, weil in jungen Menschen unsere Zukunft steckt. Darum ist es umso wichtiger, sie in ihrer weiteren Berufslaufbahn zu unterstützen. Wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Wir sind nicht zufrieden, weil uns zum Beispiel die Sache mit den EBA-Lehrstellen, die momentan durch Sparmassnahmen nicht angeboten werden können, logisch erscheint. Umso mehr wäre es jetzt aber wichtig, mit EBA in Verbindung zu bleiben und stetig zu überprüfen, dass in näherer Zeit auch wieder Ausbildungsplätze angeboten werden können. Das BBZ in Olten bietet ein Berufsvorbereitungsjahr an, kurz auch das BVJ. Es ist ein

Einstiegsjahr für Schülerinnen und Schüler. Das Problem ist, dass man sich für das BVJ nur anmelden kann, wenn man eine Praktikumsstelle in Olten hat. Gemäss unserem Wissen stellt kein Betrieb in Olten solche Praktikumsplätze zur Verfügung. Somit werden auch hier vielen Schülerinnen und Schülern wieder Steine in den Weg gelegt. Wir bitten deshalb, den Auftrag erheblich zu erklären, dass wirklich Betriebe ins Boot geholt werden können und in Olten mehr Praktikumsplätze angeboten werden können. Für die Zukunft von jungen Menschen ist eine Lehrstelle fundamental und sollte natürlich von der Stadt unterstützt werden. Wir sind immer noch dafür, dass sich die Stadt Olten um eine Erhöhung der Ausbildungsplätze bemüht. Wir haben zum jetzigen Problem eine Antwort erhalten. Damit wir aber in Zukunft als Stadt mehr Lehrstellen gewährleisten können, braucht es ständig eine Überprüfung der Möglichkeiten. Merci vielmals.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Wir folgen dem Stadtrat und werden diesen Auftrag nicht erheblich erklären. Das Trauerlied, das wir hier hören, dass man sparen muss und dies deshalb leider nicht umsetzen kann, ist zwar ganz schön. Aber es wird auch relativ gut dargelegt, dass es aktuell nicht opportun ist. Wir bieten Ausbildungsplätze an. Wir müssen hier natürlich schon auch immer daran denken, dass, wie es in den letzten Jahren oft war, bei uns in der Schweiz sehr viele Lehrstellen nicht besetzt wurden. Deshalb wäre es jetzt auch ein Fehlzeichen, in der aktuellen Situation zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, wenn der Bedarf abschliessend gar nicht geklärt ist. Aber das heisst nichts destotrotz, dass man dies für die Zukunft sicher wieder in Betracht ziehen und offenhalten kann. Aber dafür braucht es nicht einen Auftrag. Das kann der Stadtrat auch selber in Betracht ziehen und offenhalten. Deshalb sehen wir eigentlich die Notwendigkeit dieses Auftrags nicht. Das wird in der Antwort des Stadtrats relativ gut dargelegt. Merci vielmals.

Yael Schindler Wildhaber: Die grüne Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Antwort auf den Auftrag von Huguette Meyer Derungs. Wir sind froh, dass das Thema Ausbildungsplätze in der Verwaltung einen hohen Stellenwert hat und omnipräsent ist, so wie er es darlegt. Die Erläuterungen, weshalb die Stadt nicht mehr KV-Lehrstellen anbieten kann, scheint uns auch nachvollziehbar. Aber die Streichung der EBA-Lehrstellen muss zwingend korrigiert werden. Das sind unserer Meinung nach wieder einmal Sparmassnahmen bei den Schwächsten. Es kann nicht sein, dass eine Stadt als Sparmassnahme die dringend gebrauchten Lehrstellen abschafft. Es ist Auftrag der öffentlichen Hand, auch lernschwache Schülerinnen und Schüler so gut als möglich zu unterstützen, sei dies mit Lehrstellen oder Praktikumsplätzen. Wir alle wissen, dass eine Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben und den wirtschaftlichen Erfolg ist. Oder anders ausgedrückt, wenn wir dies sparen, kostet es uns später viel mehr, weil das Risiko für eine Arbeitslosigkeit ohne Ausbildungsabschluss markant ansteigt. Falls es dann wirklich so wäre, dass die Lehrstellen nicht besetzt würden, könnte man es jederzeit wieder abschaffen. Das wäre kein Problem. Aber wir sind der Meinung, diese Lehrstellen werden gebraucht. Wir erklären den Auftrag deshalb erheblich und bitten den Stadtrat, die nötigen Finanzen ins Budget 2023 aufzunehmen, damit in Zukunft auch Olten wieder EBA-Lehrstellen anbieten kann. Merci vielmals.

Manfred Schoger: Wir von der CVP/EVP/glp-Fraktion waren doch recht erstaunt, dass der Stadtrat gesagt hat, eine Prüfung scheint nicht erfolgreich zu sein. Wenn er das Wort scheint braucht, haben wir so etwas den Eindruck, er weiss nicht so richtig, ob es dies jetzt braucht oder nicht. Wir sind eigentlich der Meinung, dass eine solche Prüfung jederzeit möglich sein muss, man sich diese Gedanken jederzeit machen muss, ob innerhalb der bestehenden Strukturen solche Lehrstellen geschaffen werden können oder nicht. Es stimmt, dass der Stadtrat sehr gut aufgezeigt hat, wie er mit den KV-Stellen umgeht, wie das Ganze funktioniert und wieso er diese Möglichkeit im Moment dort nicht sieht. Aber die Vorrednerin hat es ja auch gesagt. Gerade bei den EBA-Stellen ist es ja eigentlich so, dass das Ziel dieser Stellen irgendwie auch so gegeben ist, dass die Leute, die diese Lehrstellen haben, nachher auf eigenen Beinen stehen können, Freude am Arbeiten haben und für sich selber einstehen können. Es muss ja das Ziel sein, dass diese Leute nicht in die Sozialhilfe fallen

und auf die solidarische Gesellschaft angewiesen sind. Es müsste ja so sein, dass sie mit den Kompetenzen, die sie haben, auch ein Gewinn für unsere Gesellschaft darstellen. Aus diesem Grund werden wir diesen Auftrag auch erheblich erklären.

Nico Zila: Die FDP-Fraktion sieht die Stadt Olten in einer besonderen Verantwortung, was das Angebot von Ausbildungsplätzen betrifft, insbesondere bei Ausbildungs- und Praktikumsplätzen, die sich im niederschweligen Bereich bewegen und sich an schulisch eher schwächere Lernende richten. Wir stimmen mit dem Stadtrat nicht nur in seiner Schlussfolgerung nicht überein, sondern insbesondere auch nicht in seiner Begründung. Es ist eine absolute Mär, dass EBA-Lernende primär ein Kosten- und Aufwandfaktor für einen Betrieb sind. Wenn dies so wäre, würde in der Privatwirtschaft kaum auf Stufe EBA ausgebildet und dann hätte auch die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung EHB nicht in einer sehr umfassenden schweizweiten Studie 2019 erhoben, dass EBA-Lernende einem Ausbildungsbetrieb einen jährlichen Nettonutzen von rund Fr. 10'000.— einbringen. Die FDP ist deshalb dezidiert der Ansicht, dass der Aufwand in der Stadtverwaltung hier gut investiert wäre und der Vorstoss zu unterstützen ist.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Während der Diskussion, die hier schon läuft, ist bei uns im Hintergrund die Fraktionsmeinung schon wieder dreimal überdacht worden. Einerseits fänden wir es eine gute Sache, wenn die Stadt mehr EBA-Lehrstellen anbieten würde, auch aus den Gründen, die vorher schon genannt wurden. Wir sehen hier die Sache mit den Ressourcen und würden uns eigentlich wünschen, dass die Stadt auch ein besserer Multiplikator für die Schaffung von EBA-Lehrstellen in der ganzen Stadt wäre und man sich dafür einsetzen würde, dass mehr EBA-Lehrstellen angeboten würden. Wir denken, dies nur in der Stadtverwaltung anzubieten, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir sind uns uneinig, und ich kann Euch leider nicht sagen, wie wir stimmen werden.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, zwei, drei Sachen dazu zu sagen. Vorab ist natürlich die Ausbildung ein wichtiges Leistungsfeld, ein wichtiges Thema für die Stadt. Ihr wisst, dass wir in dieser Gemeinde erhebliche Finanz-, aber auch Personalressourcen dafür verwenden. Es ist so, dass die Betreuung der eigenen Lernenden ein aufwändiger Prozess ist. Ich kann dies bezeugen, weil gerade neben meinem Büro der Ausbildungsplatz unseres Lernenden ist, den wir leider bald wieder an die nächste Abteilung abgeben müssen. Ich sehe auch den Aufwand, den unsere Stadtkanzlei und unsere Berufsbildnerin in diesem Bereich bei der Schulung und Ausbildung haben. Es ist natürlich ein erheblicher Aufwand, um die jungen Menschen dahin zu führen. Aber wir nehmen diesen Auftrag ernst, und es ist uns wichtig, dass wir auch entsprechende Ausbildungsplätze anbieten können. Es ist so, dass wir die EBA-Plätze im Werkhof nicht mehr. Wir werden dies sicher verbessern und wieder aufnehmen, wenn wir Gelegenheit dazu und die Ressourcen haben. In diesem Sinne stellt sich etwas die Frage, wie man mit dem Auftrag umgeht. Man kann ja eigentlich nicht abschreiben, was in diesem Fall vielleicht das Beste wäre, erheblich und abschreiben. Wir hatten die Idee, dass man nicht erheblich plädiert, weil wir im Moment diese Gelegenheit nicht haben. Aber ich kann einfach versichern, dass wir dies, wenn wir diese Ressourcen haben, weiterhin machen werden. Bildung ist ein wichtiges Thema für uns, und ich kann Euch auch versichern, dass wir natürlich auch mit der Oltech, der Suchthilfe zusammen, mit der Oltech beispielsweise bei der Velostation am Bahnhof, bei der Suchthilfe betrifft es die Rundgänge in den Parkanlagen, die wir mit ihnen durchführen können. Das sind auch Leute, die ein wenig Mühe haben, sich zurechtzufinden und verschiedene Probleme haben. Das ist uns ein Anliegen, und wir werden, wenn immer möglich, Leute einsetzen, auch Praktikantinnen und Praktikanten, die sich in der Stadt weiterbilden können. Das ist auch für uns immer eine Bereicherung, für die Ausbilder, für das Gemeinwesen an sich, weil wir uns hier ebenfalls in der Verantwortung sehen, mit allem umzugehen. Wenn man den Auftrag beim Wort nimmt, sind wir allerdings der Meinung, dass es im Moment nicht möglich ist. Das ist auch der Grund, weshalb wir vorschlagen, nicht erheblich zu erklären.

Beschluss

Mit 33 : 5 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleiter entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2022

Prot.-Nr. 46

Auftrag Christian Ginsig (Grünliberale Olten) betr. Stadtseiten- verbindung Olten über einen Velotunnel beim Bahnhof Olten/Beant- wortung

Am 26. Mai 2021 hat Christian Ginsig (Grünliberale Olten) folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, eine zentrale und sichere Stadtseitenverbindung für Velofahrende durch einen Velotunnel beim Bahnhof mit entsprechenden Zugängen beidseits der Gleise des Bahnhofs Olten zu erarbeiten. Bei der Planung ist der bereits quer unter den Gleisen bestehende ehemalige und stillgelegte PTT-Posttunnel einzubeziehen. Dazu sind mit den Grundeigentümern die notwendigen Gespräche zur Abtretung und Umnutzung für die unterirdische Querung zu führen. Das Projekt soll «aufwärtskompatibel» aber unabhängig zum bestehenden Projekt «Neuer Bahnhofplatz Olten nbo» ausgearbeitet und dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden.

Begründung:

Eine sichere und zentrale Stadtseitenverbindung für den Oltner Veloverkehr wird seit Jahren diskutiert. Obwohl mit dem Projekt «Neuer Bahnhofplatz Olten nbo» ein millionenschweres Projekt zur Aufwertung des Bahnhofzugangs erarbeitet wurde, fehlt die zentrale Komponente, eine sichere und hindernisfreie Veloverbindung zwischen den beiden Stadtseiten und den grossen Veloabstellanlagen am Bahnhof. Die Mitwirkung zum Projekt «nbo» ist abgeschlossen und eine innerstädtische Veloverbindung darin nicht berücksichtigt. Eine mögliche Umnutzung der Martin-Disteli Unterführung geschieht erst sehr langfristig und die Frage einer innerstädtischen sicheren Veloverbindung bliebe für sehr viele Jahre – über 2040 hinaus – ungelöst.

Im Rahmen der Projektplanung «nbo» wurde bereits die Dringlichkeit zur Verbreiterung einer Velozufahrt via Aaresteg erkannt. Es fehlt jedoch als letztes Element eine sichere Querung des Bahnhofs unter den Gleisen, um einerseits die beiden Abstellanlagen (Aareseite mit über 1'000 Abstellplätzen geplant und Seite Tannwald mit gegen 1'000 Plätzen bestehend) zu verbinden und gleichzeitig eine sichere und zentrale Veloverbindung beider Stadtseiten zu realisieren.

Die Lage der Stadtseitenverbindung beim Bahnhof Olten ist für Velofahrende ideal. Täglich nutzen gegen 80'000 Menschen den Bahnhof Olten als Umsteigeort. Mit dem Projekt «nbo» nimmt dessen Bedeutung in den kommenden Jahren noch zu.

Sämtliche auf der rechten Aareseite liegenden Quartiere wie Meierhof, Säli oder Wilerfeld, können über die Zufahrtsstrassen Martin-Disteli und Tannwaldstrasse ohne Ampelstopp und mit einer noch zu planenden Zufahrt und einer durchgängigen Verbindung via Velotunnel und Aaresteg die Oltner Innenstadt hindernisfrei erreichen. Im Gegenzug können Bewohner/-innen der linken Stadtseite die Kantonsschule, Fachhochschule, Berufsbildungszentren aber auch die Einkaufszentren sicher mit dem Velo ansteuern. Gleichzeitig kann mit dem Ausbau

der Veloinfrastruktur das Oltner Strassennetz von unnötigen innerstädtischen Autofahrten entlastet und die Stadtseiten für Velofahrende beidseitig sicher verbunden werden.

Auch die SBB unterstützt mit verschiedensten Projekten schweizweit den Veloverkehr. Ein alter, stillgelegter und rund sechs Meter breiter PTT-Versorgungstunnel, welcher früher durch Schlepperfahrzeuge der Post für die Versorgung der Bahnpost im Bahnhof Olten genutzt wurde und unterirdisch die Gleise 2-12 quert, kann durch bauliche Massnahmen als Velotunnel umgenutzt und in die Projektplanung für einen sicheren Oltner Velotunnel zur Stadtseitenverbindung integriert werden (eine Umnutzung eines baugleichen PTT-Tunnels im Bahnhof Biel als Fussgängerunterführung zeigt die Realisierbarkeit des Oltner Posttunnels als Velotunnel.) Die entsprechenden Rampen Seite Tannwaldstrasse sind im Rahmen des Auftrags zu planen und die Anbindung aareseitig zur neuen Veloabstellanlage im Rahmen des Projekts «nbo» sicherzustellen.»

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Baudirektorin Marion Rauber** den Vorstoss wie folgt:

Die Veloverbindungen zwischen den Stadthälften sind bekanntlich ungenügend. Für die Engpassbeseitigung sollten gleich mehrere Gleisunterführungen ausgebaut respektive neu erstellt werden. Solche Bauten sind teuer und nur schrittweise oder langfristig finanzierbar. Der Posttunnel erscheint als vermeintlich einfache, kostengünstige und schnelle Möglichkeit. Soeben wurde der Posttunnel im Bahnhof Biel als zusätzliche Unterführung umgebaut. Dabei handelt es sich allerdings um eine reine Fussgängerunterführung der SBB ohne Veloverkehr – die Voraussetzungen sind grundverschieden.

Der Auftrag knüpft an der Interpellation Christian Ginsig und Raphael Schär-Sommer zur Velounterführung beim Bahnhof Olten an, die am 24. September 2020 im Gemeindeparlament behandelt wurde. Im Eintreten auf den vorliegenden Vorstoss wurde die SBB als Eigentümerin um eine Stellungnahme ersucht. Das Antwortschreiben vom 12. Juli 2021 liegt der Vorlage bei.

Wie schon in der Interpellationsantwort dargelegt und von der SBB bestätigt wurde, wäre dieses Projekt trotz hohem Aufwand – es müsste u.a. ein 50 m langer Verbindungstunnel erstellt werden – nicht ohne Weiteres bewilligungsfähig. Der Posttunnel kann den Normvorgaben für eine Velounterführung nicht entsprechen. Gemäss der VSS-Norm «SN 640 246a / Querungen für den Fussgänger- und leichten Zweiradverkehr / Unterführungen» müsste der Tunnel zwingend von aktuell 4.50 m auf minimal 6.00 m verbreitert werden. Ein solcher Eingriff käme nach Einschätzung der SBB praktisch einem Neubau gleich. Hintergrund ist der enorme technische, betriebliche und somit finanzielle Aufwand für das Bauen unter dem hochfrequentierten Gleisfeld. Aber selbst mit einem Ausbau auf 6.50 m und weiteren baulichen Massnahmen, bspw. zur Gewährleistung der Sichtweiten im Bereich der Richtungswechsel, wäre eine genügend attraktive Gestaltung sehr fraglich, weil in diesem Gleisfeld keine Öffnungen für eine Tageslichtführung eingefügt und weil der Tunnel nicht mit anderen Funktionen belebt werden könnte, was für die subjektive Sicherheit sehr wichtig wäre (vgl. Referenzbild Winterthur unten).

Wie auch bereits in der Interpellationsbeantwortung ausgeführt wurde, steht der im Eigentum der SBB befindliche Posttunnel für eine Umnutzung als Veloverbindung nicht zur Disposition, weil er aktuell und eventuell längerfristig für die Bahnhofslogistik benötigt wird. Die Aufnahme von Planungs- und Projektierungsarbeiten für einen Ausbau als Veloverbindung wäre mit hohen Kosten verbunden und macht unter diesen Vorzeichen keinen Sinn.

Die Planung einer Veloverbindung aus Anlass des zukünftigen Ausbaus der Martin Disteli-Unterführung erscheint der sinnvollere Weg. Mit diesem Vorgehen – quasi im Schatten eines SBB Grossprojektes – können wesentliche Synergien genutzt und Kosten reduziert werden. Eine Lösung in Kombination mit der Martin Disteli-Unterführung könnte auch wesentlich attraktiver gestaltet werden.

Als Referenzbeispiel dient die Veloquerung Nord im Projekt «Rampe 21» der Stadt Winterthur. Die hohen Kosten von 32.60 Mio. Franken (Bruttokosten inkl. MwSt. für den Projektteil Veloquerung) zeigen die Dimension eines solchen Projekts. Der Ausbauschnitt Martin Disteli-Unterführung folgt gemäss den Vorstellungen der SBB als späterer Ausbauschnitt nach dem Ausbau der Hardegg-Unterführung und der Perrons 1-4.

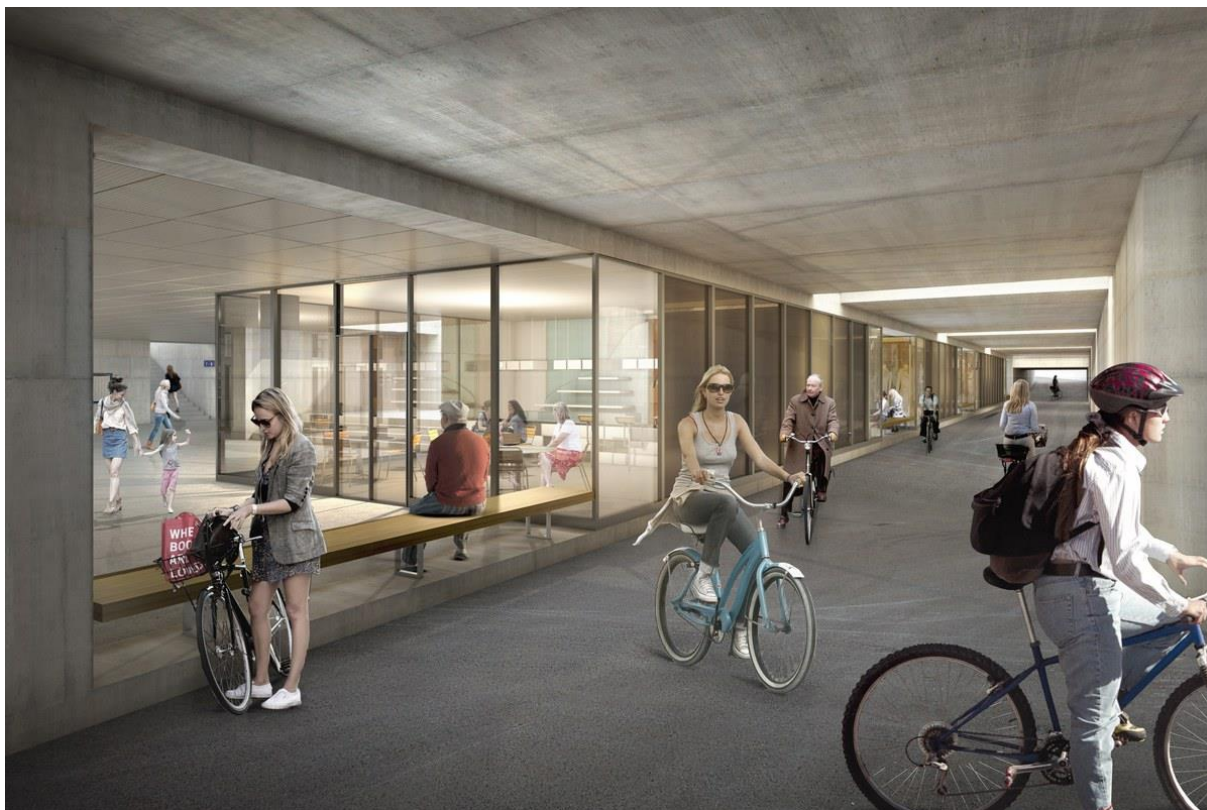


Abbildung: Visualisierung der Veloquerung im Projekt «Rampe Nord» der Stadt Winterthur

Der Stadtrat empfiehlt, die Behebung der Schwachstellen im Velonetz schrittweise anzugehen. Die Prioritäten zur Verbesserung der Stadtquerungen sind im Entwurf des räumlichen Leitbildes bezeichnet und entsprechende Massnahmen wurden auch ins Regierungsprogramm 2021-2025 aufgenommen (Massnahmen II.A bis II.D). Aus Anlass des am 27. Mai 2021 einstimmig überwiesenen Postulats «Velostadt Olten» hat die Direktion Bau im Juli 2021 ein Projekt «Masterplan Velo» zur Förderung im Programm «Fortschrittliche Städte und Gemeinden» des BfE (Bundesamt für Energie) eingegeben. Die Erarbeitung ist für 2022-2023 geplant. Der Masterplan soll als Grundlage für die Ortsplanung, für die Weiterentwicklung der Veloinfrastruktur und Förderung der Velokultur in der Stadt Olten dienen.

Infolge fehlender Umsetzbarkeit und Zweckmässigkeit empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Christian Ginsig: Die fehlende sichere Stadtseitenverbindung, ich sage bewusst sicher, weil man heute technisch über die Kantonsstrasse fahren kann, ist in der Stadt Olten seit vielen Jahren ein Ärgernis. Wir wissen, dass die Aare die Stadt einerseits durchtrennt, aber es ist eben auch die SBB. Es gab schon viele kreative Ideen. Einfach auch, um dies kurz vorwegzunehmen. Wenn man eine Eisenbahn passieren will, sind Fahrleitungen zu queren. Das heisst, man muss einen Höhenunterschied von sechs bis sieben Metern überqueren. Wenn man unten durch, durch eine sogenannte Unterführung geht, was vielleicht nicht so schön ist, muss man nur eine Differenz von zwei Metern Höhenunterschied haben. Das ist gerade beim Langsamverkehr ein wichtiger Faktor, um schnell von A nach B zu kommen. Die Situation, wie sie sich im Moment stellt, betrifft primär die Einwohnerinnen und Einwohner der rechten Stadtseite, also mehr als die Hälfte der Stadt Olten, die sicher mit dem Velo von A nach B fahren könnte, natürlich links jene, die Richtung Kanti gehen, Fachhochschulstandort, oder sie wollen vielleicht auch im Sälipark einkaufen gehen. Ich sage dies auch ganz bewusst. Jedes Velo, das in der Stadt Olten herumfährt, sorgt auch für eine Verkehrsentslastung. Ihr kennt die Situation der Hauptachse, wie es im Moment aussieht. Wenn man die Trends im internationalen Bereich anschaut, ist es ganz klar. Das Velo hat Zukunft. Deshalb ist auch dieser Vorstoss entsprechend eingereicht worden. Bei der Beantwortung des Vorstosses der Grünen zur Winkelunterführung ist es jetzt auch klargeworden. Er wurde abgelehnt. Man hat hier die Neigungen, die diskutiert wurden. Man hat eine ungelöste Situation. Deshalb denke ich, dass es genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist, wenn wir noch an einem latenten Problem arbeiten wollen. Es sind auch schon Fragen aufgekommen, was die Lage des ganzen Velotunnels anbelangt. Ist er am Bahnhof am richtigen Ort? Hier die klare Antwort ja. Das hat zwei Gründe, einerseits die ganzen Meierhof- und Martin-Disteli-Quartiere von einer Seite von rechts, die direkt in Falllinie dort drauffahren. Andererseits betrifft es auch das ganze Säliquartier, das direkt hindernisfrei durchfahren könnte. Ihr habt in unserem Antrag gesehen, worum es geht. Man muss auch sehen, dass der Bahnhof Olten mit seinen 80'000 Pendlerinnen und Pendlern, in Nicht-Corona-Zeiten eine zentrale Verkehrsdrehscheibe ist. Das hat auch der Stadtrat erkannt. Man hat die NBO entsprechend entwickelt. Man sieht also die Wichtigkeit des Bahnhofs als Verkehrsdrehscheibe. Ein wichtiger Punkt zu wissen ist auch, dass die jetzige Fussgängerunterführung zu zwei Dritteln von SBB-Passagieren benutzt wird, ein Drittel sind aber auch Fussgänger. Das bedeutet, dass der Bahnhof zentral ist und auch für Velos entsprechend zentral sein. Vielleicht zur Präzisierung, und ich möchte jetzt gleich auf die Rückmeldung des Stadtrats eingehen. Die in Aussicht gestellten Veränderungen am Bahnhof Olten, die im Papier, über das wir jetzt diskutieren werden, beschrieben sind, betreffen den sogenannten Angebotsschritt AS 2035. Das heisst, er wird frühestens 2040 zum Einsatz kommen. Auf diesen Zeitpunkt hin will man den Bahnhof Olten Richtung Norden verschieben. Das hat eine direkte Auswirkung auf die Personenunterführungen. Die Hardegg-Unterführung, die heute eher eine kleine Unterführung ist, soll zur Hauptunterführung werden, und die Martin-Disteli-Unterführung, so die früheren Pläne, wo heute der Glaskubus ist, könnte man dann in irgendeiner Form für einen gemischten Verkehr nutzen. Jetzt hat das Ganze zwei Knackpunkte. Der erste ist, wenn wir dies entsprechend so durchwinken und dem Stadtrat folgen werden, werden wir knapp 20 Jahre keine Lösung für den Veloverkehr haben. Der zweite Punkt, und er ist mir auch noch wichtig, ist, dass Christa Markwalder, die FDP-Nationalrätin ist, die Wichtigkeit der Velos im Bahnhof-Perimeter auch gesehen hat, hat in diesen Tagen, Ende 2021, entsprechend beim Bundesrat einen nationalrätlichen Vorstoss eingegeben. Der Bundesrat kommt in seiner jetzigen Antwort klar zum Schluss, dass ein gemischter Verkehr nicht in Frage kommt, sprich wir werden die Martin-Disteli-Unterführung, was man ja ursprünglich in den Plänen vorgesehen hat, nur nutzen können, wenn sie wirklich eine reine Velounterführung wäre. Das wäre in den bisherigen Plänen gar nicht vorgesehen gewesen, sprich wir werden auf diesem Perimeter keine Entlastung haben. Dies ist einfach wichtig vorzuschicken. Zu den Punkten des Stadtrats möchte ich noch kurz direkt eingehen. Wir reden ja vom Velotunnel, der dann dereinst vom Restaurant Flügelrad, Gleis 12, zum Taxisstand, die beiden Velostationen miteinander verbinden würde. Die SBB nutzt eigentlich nur, und das geht aus der stadträtlichen Antwort hervor, sie könnte dies nicht abgeben. Richtig ist aber, dass die SBB

nur den Querschlag ab der Martin-Disteli-Unterführung im heutigen Posttunnel für Logistiklösungen nutzt. Die Parlamentarier, die vor rund einem Jahr diesen Tunnel anschauen konnten, haben sich selber ein Bild davon machen können. Es wäre also gar nicht Teil des Projekts neue Velotunnel, das im Moment vorgeschlagen ist, wie dies in der stadträtlichen Antwort festgehalten ist. Spannend für uns war auch zu lesen, dass der Tunnel eine reine Velonutzung eine Mindestbreite von sechs Metern haben müsse. Wenn man sich aber in Augenschein führt, dass der Aaresteg, den wir im Projekt NBO entsprechend unterstützen wollen, für eine gemischte Nutzung, das heisst mit Velo und Fussgängern, sogar mit nur 5,50 Metern auskommt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, und das gilt es auch zu berücksichtigen, dass bauliche Lösungen im Bahnperimeter im Moment an verschiedenen Orten der Schweiz realisiert. Bei den ganzen PTT-Tunnel, die schweizweit an diversen Orten sind, gibt es entsprechende Umnutzungen. Der Stadtrat führt aus, dass das Licht in der Unterführung ein Problem ist. Ich möchte hier zu bedenken geben, dass man zum Beispiel im Bahnhof Oensingen mit Glasziegel arbeitet. Kein Problem, man bringt dort problemlos Tageslicht in die Unterführungen. Das ist möglich. Ich gehe davon aus, dass man aufgrund der Antwort, die insbesondere der Stadtrat von der SBB erhalten hat, diesen Punkt sicher schon einmal relativieren muss. Ein weiterer wichtiger Punkt ist zum Beispiel im Bahnhof Biel. Dort ist ein identischer Posttunnel zu einer Fussgängerunterführung umgenutzt worden. Natürlich ist dies eine andere Ausgangslage als diejenige der Velos. Aber mit dem geeinten Willen, und dort ist auch der Druck gegenüber der SBB gekommen, kann man dies entsprechend realisieren. Ein wichtiger Punkt ist auch im Bahnhof Wil SG. Das ist ein Städtchen mit rund 24'000 Einwohnern. Sie haben eigentlich ein exakt gleiches Problem wie wir in Olten. Dort konnte der Stadtrat, zusammen mit dem Gemeindeparlament, und sie hatten genau die gleiche Ausgangslage wie wir in Olten, einen solchen PTT-Tunnel, interessanterweise mit der SBB-Bauabteilung Ost entsprechend ein innerstädtisches Verkehrsprojekt für Velofahrende angehen. Dort steht eben der Stadtrat hinter einem entsprechenden Parlamentsprojekt. Ihr könnt dies auch herunterladen. Es ist im Internet abrufbar. Es ist ein 17-seitiger Bericht, in dem das ganze Projekt umfangreich dargelegt ist. Ich möchte dies an dieser Stelle auch unserem Stadtrat weitergeben. Beatrice Aebi, Stadtplanerin, lässt sich wie folgt zitieren: «Wil hat das Glück, schon einen bestehenden Tunnel zu haben». Sie bezieht sich dort auf den PTT-Tunnel. Sagt die Stadtplanerin: «In Winterthur müsste dafür eigens eine neue Unterführung gebaut werden. Einzig fehlen in Wil noch die Zugänge. SBB zahlt die Sanierungskosten». Sprich die Ausgangslage ist dort folgende: Dieser Tunnel ist von der Stadt Wil für formelle Fr. 150'000.— abgekauft worden. Das war eine vertragliche Geschichte, die aufgrund des Drucks der Stadt bei der Stadt Wil entsprechend gemacht wurde. Man konnte sich dann mit den Partnern einigen, und die entsprechenden Investitionskosten für den Umbau werden von der SBB übernommen. Sie werden anschliessend über das Agglomerationsprogramm abgewickelt. Das Ganze macht mich einfach auch stutzig, dass in der stadträtlichen Antwort festgehalten ist, dass der Tunnel in dieser Bauart nicht genutzt werden kann. Ich gehe davon aus, dass die SBB diese Antwort geliefert hat. Ich möchte dem Stadtrat keinen Vorwurf machen. Aber man muss das Ganze hinterfragen, ob hier jetzt nicht wirklich eine Chance besteht. Man muss sehen, dass der Stadtrat hier auf ein Winterthurer Projekt für 32,6 Millionen verweist, was aus meiner Sicht natürlich in der jetzigen Finanzsituation nicht realisierbar wäre und sicher kein Thema ist. Winterthur wird dem Parlament als Antwort geschickt. Aber ich denke, durch eine geschickte Verhandlung, wenn der Stadtrat noch einmal den Ball aufnehmen würde, wäre durchaus eine Chance da, auch für Olten eine Lösung zu finden. Zurück zum Bahnhof Olten: Ich glaube, wir haben alle ein Interesse daran, dass wir den neuen Bahnhofplatz Olten zu einem Superprojekt machen können. Wir investieren in diesen Bahnhofumbau mehrere Dutzend Millionen, haben aber die Veloverbindung schlicht und einfach vergessen. Jeder, der schon einmal ein Häuschen umgebaut hat, weiss, ob er ein Zimmer mehr oder eines weniger umbaut, das sind nicht mehr die ganz grossen Kosten. Dazu möchte ich auch festhalten, dass ich dies von unabhängiger Stelle aufgrund der Pläne noch einmal habe messen lassen, auch die Rückmeldungen, die anscheinend von der SBB gekommen sind, dass es 50 Meter Neubautunnel sein müssen, sind hier nicht bestätigt worden. Wenn man den bestehenden Tunnel an die neue Velostation anschliessen würde, das ist noch einmal ausgemessen worden, reden wir von 35 Metern. Auch hier ein Widerspruch in den

Antworten, die uns geliefert wurden. Nach all diesen Rückmeldungen, die ich jetzt hier zusammenfasse und Euch weitergebe, bitte ich Euch einfach noch einmal zu schauen, ob es richtig ist, das Thema trotz der Antwort des Stadtrats, die auf den ersten Blick klar ist, jetzt abzuschreiben. Aber wenn wir dies jetzt abschreiben, muss ich einfach sagen, dass wir für den Veloverkehr eine Türe zuschlagen und für knapp 20 Jahre keine Lösung haben. Ich bitte Euch aus diesem Grund, dies von Eurer Seite noch einmal zu überprüfen, wir reden hier ja auch klar von einem Prüfauftrag, dass wir dem Stadtrat noch einmal die Chance geben, mit der SBB in Verhandlungen zu treten, um jetzt zu schauen und in Form einer Prüfung erneut zu klären, ob hier für Olten nicht trotzdem entsprechend eine velofreundliche und zeitnahe Lösung realisiert werden. Besten Dank.

Stadträtin Marion Rauber: Wir reden jetzt schon zum zweiten Mal über diesen Velotunnel. Ich spreche nicht zum neuen Bahnhofplatz, sondern wirklich zu diesem Velotunnel. Der Stadtrat geht hinsichtlich eines Punkts mit den Auftraggebenden oder mit dem Auftraggebenden einig, dass die bestehenden Veloverbindungen zwischen den Stadtseiten in Olten zwar vorhanden, aber eher unattraktiv und ungenügend sind. Der Lösungsvorschlag, der eigentlich mit der Nutzung des bestehenden Posttunnels die Lösung aller Dinge wäre, können wir aber nicht unterstützen, wie wir in der Beantwortung auch detailliert dargelegt haben. Nebst den örtlichen Gegebenheiten, die wir tatsächlich als zu beengend, unattraktiv, mit Verzweigungen und vor allem fehlendem Tageslicht als nicht tauglich erachten, ist für uns hier das Hauptargument noch, dass dieser Posttunnel im Eigentum der SBB steht und für uns eigentlich gar nicht zur Disposition steht. Im wiederum kürzlich erfolgten Gespräch mit den verantwortlichen Personen der SBB, Logistik und Infrastruktur, ist uns erneut bestätigt worden, dass sie ihren Tunnel für künftige Anlieferungen und Entsorgungswege und als Lagermöglichkeit im Rahmen des Projekts neuer Bahnhofplatz tatsächlich selber nutzen werden. Somit erübrigen sich eigentlich weitere Diskussionen darüber. Ich gehe jetzt auch nicht davon aus, dass wir heute wieder über das Thema Enteignungen reden werden. Im Zusammenhang mit den Umgestaltungen der beiden Bahnhofunterführungen, Christian Ginsig hat es erwähnt, Martin Disteli und Hardegg, wird das Thema Veloverbindungen im Bereich des Bahnhofs aber sicher erneut geprüft werden. Tatsächlich ist es so, dass dies vom Zeithorizont her noch einen Moment dauern wird. Wir bitten das Parlament gleichwohl, den Auftrag in Folge fehlender realistischer Umsetzbarkeit nicht erheblich zu erklären, weil wir diese Lösung so wirklich nicht sehen. Merci vielmals.

Tobias Oetiker!: Wir von Olten jetzt! finden es eigentlich super, eine solche Stadtteilverbindung zu haben, wenn sie denn realistisch wäre und es sie auch gäbe. Christian, was Du jetzt erzählt hast, zum Beispiel die Sache mit den sechs Metern, steht wirklich so im Reglement. Das ist nicht irgendwie diskutierbar und ein wenig anders. Ich habe vorhin gerade nachgeschaut. Es ist wirklich so. Tunnel, die länger als 25 Meter sind, müssen sechs Meter breit sein, dies für leichten Zweiradverkehr. Das ist halt anders, wenn es unterirdisch ist, als wenn es oberirdisch ist. Deshalb kann man auf dem Trottoir, das nicht so breit ist, näher zusammen sein. Es sind einfach solche Realitäten, und ich frage mich jetzt, ob es sich lohnt, wenn wir dem Stadtrat den Auftrag geben, etwas zu untersuchen, bei dem schon im Vorherein klar ist, dass es megateuer ist, dass die SBB, wie es Marion vorhin gesagt hat, dafür nicht zu haben sind. Ich fände es auch cool, wenn dies möglich wäre. Aber es «verhebt» nicht. Du hast auch noch gesagt, es sei ein Prüfauftrag. In diesem Auftrag steht: «Der Stadtrat wird beauftragt ...» und dann ganz viel, «auszuarbeiten und dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Das ist nicht im Prüfauftrag, sondern im ganz normalen Auftrag, mit dem der Stadtrat beauftragt wird, etwas konkret zu erarbeiten und dem Parlament vorzulegen. Wenn wir dies erheblich erklären, muss der Stadtrat dies machen. So ist der Auftrag. Olten jetzt! ist nicht speziell begeistert davon, und es wird vermutlich von uns keine Stimmen geben. Aber vielleicht lässt sich noch jemand überzeugen. Von daher hören wir immer gerne zu, was kommt.

Deny Sonderegger, FDP-Fraktion: Ich werde mich jetzt wiederholen, einerseits mit meinem Vorredner, aber insbesondere auch Marion entsprechend. Man könnte bei der Beantwortung

dieses Begehrens schon fast meinen, dass wir den gleichen Schreiberling hatten. Christian, Dein Begehren ist gut gemeint. Die FDP-Fraktion anerkennt die Wichtigkeit einer städteverbindenden Querung für den Veloverkehr und unterstützt damit auch Dein Votum, dass eine solche heute fehlt. Dabei tönt es sehr verlockend, den aktuell nicht benutzten Posttunnel als Alternative für eine derartige Querung auszubauen und einer neuen Nutzung zuzuführen. Die FDP hatte zu Beginn durchaus Sympathien für dieses Anliegen. Deshalb haben wir auch Deine frühere Interpellation entsprechend unterstützt. Die Beantwortung des Stadtrates knüpft denn jetzt auch an die Beantwortung der damaligen Interpellation, und es wird klar aufgezeigt, dass eine Umnutzung in der jetzigen Form nur sehr schwer realisierbar ist, nebst dem, dass es für diese Umsetzung die Verbreiterung auf mindestens sechs Meter braucht. Das ist sicher mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Es ist aber nicht einmal das Überwiegende. Für uns überwiegt die Tatsache, dass seitens der SBB gar kein Wille und Interesse für eine Veräusserung respektive Umnutzung bestehen. Marion hat es vorhin schon erwähnt. Es müsste im übertragenen Sinn damit fast wieder in ein Enteignungsbegehren hineingehen, und spätestens seit der gestrigen diesbezüglichen Debatte wissen wir, wie die FDP darüber denkt. Weiter wird in der Beantwortung auch aufgezeigt, dass es schwierig sein wird, überhaupt eine ansprechende Lösung mit Lichtschäden und höherem Sicherheitsempfinden zu bauen. Auch über Attraktivität bei Unterführungen haben wir schon gesprochen. Kurzum: Aufgrund der fehlenden Umsetzbarkeit und Zweckmässigkeit, wie es der Stadtrat auch schreibt, ist es nicht verwunderlich, dass die FDP-Fraktion bei diesem Begehren dem Stadtrat voll folgt und diesen Auftrag einstimmig nicht erheblich erklären wird. Merci.

Ursula Rüegg, SVP: Unsere Fraktion sieht sowohl den Bedarf an einer sicheren Veloverbindung zwischen unseren beiden Stadtteilen wie auch die Tatsache, dass die Verbindung mittels Tunnel am Bahnhof eventuell nicht möglich ist. Wir konnten uns deshalb nicht einigen und werden auch nicht einheitlich abstimmen. Diese Sache ist eine Krux und schon eine lange Krux. Schon unzählige Vorstösse haben sich mit diesem Thema befasst. Herausgekommen ist immer das Gleiche. Es geht nicht. Welche Vorschläge auch gekommen sind, es geht nicht. Aber eine Tatsache ist auch, dass es erst recht nicht geht, die Velofahrer nur zur Verkehrsberuhigung zu benutzen. Wir alle haben den Anspruch, mit was wir auch immer unterwegs sind, sicher von A nach B zu kommen. Velofahrer und Fussgänger haben mangels Panzer aus Blech nicht so viel Schutz rundherum und brauchen ein wenig mehr. Uns ist nicht klar, weshalb die Velofahrenden immer wieder nach hinten geschoben werden. Man sieht zwar die Probleme. Aber lösen geht nicht. Habt Ihr schon einmal zugeschaut, wenn die Schule im Frohheim aus ist? Dutzende von Velofahrerinnen und Velofahrer warten am Rotlicht nach der alten Brücke. Wenn es grün wird, geht die Menge auf die Hauptstrasse, zusammen mit den Autos, die vom Bahnhof kommen. Das ist nicht die einzige Situation, die einfach gefährlich ist. Es ist doch sicher auch im Interesse des Stadtrats, dass unsere Schüler und andere Langsamverkehrsteilnehmende sicher ankommen. Ein Teil der Fraktion glaubt daran, dass man eine Lösung finden kann, wenn man sich nicht nur darauf konzentriert, was nicht geht, sondern nach gangbaren Alternativen sucht. Es muss unserer Meinung nach nicht unbedingt der Posttunnel sein und auch nicht der Winkel. Aber irgendwie muss es doch möglich sein, den Langsamverkehr sicher von einer Stadtseite auf die andere zu bringen. Deshalb stimmen wir mehrheitlich für die Erheblichkeit des Vorstosses. Besten Dank.

Lukas Lütolf: Die grüne/junge grüne Fraktion möchte, bevor wir näher auf den Auftrag eingehen, eine ganz wichtige Sache noch einmal betonen, und ich schliesse mich hier meiner Vorrednerin an. Eine effiziente und sichere Stadtteilverbindung für Velos ist absolut zentral für die Entwicklung der Stadt Olten. Wir müssen es irgendwie schaffen, einen Weg zu finden, dass der Bahnhofquai respektive die Aarburgerstrasse unsere Stadt nicht mehr wie ein scharfes Messer in zwei Teile schneidet. Aus diesem Grund haben wir sehr grosse Sympathien für den vorliegenden Vorstoss. Fachlich hängen wir uns an die Ausführungen von Christian, vor allem auch mit den Punkten, weshalb die Nutzung dieses Tunnels vielleicht doch nicht ganz so unmöglich ist, wie der Stadtrat in der Antwort geschrieben hat. Wir möchten anmerken, dass eine Lösung, vielleicht in 15 bis 20 Jahren, wenn es gut

kommt, nicht das Ziel des Stadtrats sein kann. Wir werden aus diesem Grund trotzdem für die Erheblichkeit stimmen und erwarten, dass die vorliegende Idee mit dem Ausbau des Posttunnels auch mit der SBB noch einmal intensiver geprüft wird. Falls sie absolut nicht realisierbar ist, wünschen wir uns eine zeitnahe sinnvolle Alternative.

Daniela Minikus, Fraktion SP/Junge SP: Wir als Partei haben dies in der Fraktion kontrovers diskutiert, und ich versuche, dies jetzt irgendwie zu formulieren. Ich muss ein wenig an die Voten der Grünen und Ursula Rüegg anhängen. Uns ist es sehr wichtig, dass die Veloverbindung nicht erst in 20 Jahren umgesetzt wird. Aber ich versuche einmal zu formulieren, was wir gerne mitteilen würden. Das Projekt, sogenannte aufwärts kompatibel und unabhängig von der aktuellen Planung zum jetzigen neuen Bahnhof auszuarbeiten ist eher weniger sinnvoll. Die wichtige Voraussetzung für eine Entflechtung der Verkehrsströme und eine wichtige Voraussetzung für zukünftige Entwicklungspotenziale wäre eigentlich nicht eine trennende Verbindung, sondern es soll integrierende Wirkung haben. Eine Entflechtung oder Verbindung soll das Thema sein und nicht eine Konzentration auf einen Ort. Was wir brauchen, sind Querverbindungen, Längsbeziehungen, Anbindungen, angrenzende Räume, Strassenräume und Quartiere. Uns stellt sich deshalb die Frage, wie die Anbindung des Velotunnels, also der Anfang und das Ende, gelöst werden soll. Ein diesbezüglich ausgearbeitetes Projekt ist uns nicht bekannt. Deshalb ist dies für uns eine zentrale Frage. Einen Bauteil losgelöst anzuschauen, wird sich eher kostenintensiv und aufwändig gestalten und wird mit diesen verschiedensten Anforderungen wie der Zuwachs von Verkehrsströmen, Kapazität und technische Auflagen kaum Synergien nutzen können. Das wird er nicht ausloten können. Der Velotunnel erfüllt die Voraussetzungen für eine Entwicklung, die er bräuchte, nicht. Das haben wir kontrovers diskutiert. Aber wer sagt uns, dass in Zukunft der begehbare Medienkanal nicht von der SBB selber genutzt werden muss oder wieder als Medienkanal genutzt werden soll, und wer sagt uns, dass die SBB gar kein Interesse hat, uns diesen Tunnel abzugeben? Das neue Bahnhofprojekt NBO ist auch eine Testplanung, die bereits 2014 und 2015 angefangen hat und entwickelt wurde. Wir meinen, dass diese Testplanung und das daraus entstandene Projekt eine überzeugende Gesamtlösung bilden und die Anforderungen ausgelotet haben, soweit dies die Rahmenbedingungen zugelassen haben und das Potenzial soweit bis 2022/2024 ausgeschöpft wurde. Wie gesagt, wir haben dies sehr kontrovers diskutiert, und die junge SP/SP ist sich hier nicht ganz einig.

Christian Ginsig: Ich melde mich noch einmal kurz als Einzelsprecher mit einer Einzelmeinung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Dieses Zitat hat in diesem konkreten Sinn wirklich eine Wichtigkeit. Natürlich kann man sich auf Reglemente berufen, weshalb etwas nicht geht. Wir haben es jetzt einmal mehr gehört. Ich glaube, da kann ich mich meiner Vorrednerin von der SVP anschliessen. Wenn man etwas will, kann man es machen. Sonst haben wir einfach eine ungelöste Situation. Ich rede jetzt hier auch als Eisenbahner. Ich arbeite selber in dieser Firma. Meine Firma mag es mir jetzt verzeihen. Aber ich bin als Oltnier im Gemeindeparlament und verrete hier die Interessen von Olten. Dementsprechend gewichte ich dies in diesem Fall auch höher. Ich muss Euch in diesem Zusammenhang einfach sagen, dass in sämtlichen städtischen Projekten, die ich vorhin aufgezählt habe, der Stadtrat natürlich ein entsprechendes Engagement an den Tag legen muss und einfach an diesem SBB-Baum schütteln. Wenn man zwei- oder dreimal daran schüttelt, kann durchaus ein Apfel herunterfallen. In Biel gab es entsprechende Widerstände. Man hat dort auch erklärt, weshalb es nicht geht. Heute gehen Fussgänger vorbei. Man hatte in Wil, das ich vorhin als Beispiel genannt habe, grösste Widerstände. Die Stadt ist engagiert daran geblieben, hat eine Lösung gesucht, und die SBB hat letztendlich entsprechend einen neuen Vorschlag gemacht. Das Ganze ist möglich, wenn man es noch einmal prüft. Warum habe ich dies gesagt? Dies noch als Rückmeldung an die SP, dass dies vom NBO-Projekt losgelöst sein soll. Es war mir als Initiant ein grosses Anliegen. Nicht, dass das Projekt NBO in irgendeiner Form zeitlich nach hinten fällt. Aber man hat natürlich im Projekt NBO die Velostation mit über 1'000 Plätze. Die Idee wäre ja eigentlich, daran anzuschliessen. Nichts destotrotz, wenn man die Baumaschinen schon aufgefahren, wenn man schon entsprechend gelocht hat, dann noch 35 Meter Aushub zu machen ist technisch möglich. Das kann jeder Architekt entsprechend

bestätigen. Mir kommt es überhaupt nicht in den Sinn, in irgendeiner Form eine Enteignung ins Feld zu führen. Wenn man bereit ist, eine Lösung zu finden und dafür zu kämpfen, ist dies möglich. Das zeigt sich an anderen Schweizer Standorten mit der SBB. Man kann mit der SBB reden. Man muss aber hart auftreten. Dann können auch entsprechende Lösungen gefunden werden. Besten Dank.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich möchte mich auch noch kurz als Einzelsprecher melden. Marion wird es verzeihen. Ich war ja ihr Vorgänger im Amt. Noch einmal möchte ich auf den Titel des Auftrags Stadtseitenverbindung Olten hinweisen. Stadtseitenverbindung bedeutet unter die Gleise oder oben durch, es bedeutet über die Kantonsstrasse oder unten durch, und es bedeutet dann auch noch, das Gewässer, die Aare zu queren. Mit diesem Posttunnel, so wie er heute da ist, wird man einmal die Gleise unterqueren. Man wird die Gleise passieren. Man steigt dann beim Amaris ein und kommt irgendwo bei der Swisscom hinten heraus. Damit ist natürlich noch keine Kantonsstrasse gequert und auch noch nicht die Aare. Dazu braucht es nachher selbstverständlich einen Tunnel, den Du, Christian, angesprochen hast. Ob jetzt 35, 40 oder 45 Meter kann ich Dir nicht im Detail sagen. Aber ich kann Dir sagen, das sind nicht 35 Meter Aushub. Wir wissen, was Aushub ist. Das planen wir jetzt gerade beim Schulhaus mit der Baugrube, die wir ausheben. Aber wir reden hier über einen Tunnel unter einem Eisenbahnknotenpunkt, den man bei Tagesbetrieb oder unter Betrieb umbauen müsste. Ich habe meine Kollegen bei der SBB dazu auch gefragt, und sie haben mir gesagt, es gibt nichts Komplizierteres, als dies bei Tagesbetrieb oder es kann auch nachts sein, aber bei laufendem Betrieb etwa 12 oder 13 Gleise, ich glaube, es sind 12, wobei bei 4 und 7 ja eines übersprungen ist, zu realisieren. Das ist ein Tunnel an einem der sensibelsten Orte in der Schweiz, den man unter laufendem Betrieb erstellen müsste. Damit braucht es natürlich schon erhebliche finanzielle Ressourcen. Dann ist man einmal an der Aare unten. Es braucht nachher noch einen Steg, um hinüber zu gehen. Biel ja, Biel ist eine Lösung, ist aber sehr viel kürzer. Der Tunnel in Biel ist im 90-Grad-Winkel. Bei unserem Tunnel sind es eigentlich zwei Ellipsen, die sich fast parallel zu den Gleisen bewegen müssten. Du hast es selber gesagt. In Biel gehen die Fussgänger unten durch.

Beschluss

Mit 19 : 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:

Direktion Bau, Kurt Schneider, Lorenz Schmid
Direktion Bau, Urs Kissling, René Wernli, Markus Lack
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2022

Prot.-Nr. 47

Überparteilicher Auftrag Felix Wettstein (GO) und MU betr. Globalbudgets zur Führung des Gemeindehaushalts/Beantwortung

Am 26. Mai 2021 haben Felix Wettstein (GO) und MU folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen zur Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung für die Einwohnergemeinde der Stadt Olten im Sinne von Art. 146bis des kantonalen Gemeindegesetzes auszuarbeiten und dem Parlament zur Entscheidung vorzulegen. Die Steuerung der Erfolgsrechnung soll in der Regel über Globalbudgets erfolgen.

Begründung:

Auf Kantons- und Bundesebene bewährt sich die Steuerung der Finanzhaushalte mit den Mitteln der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, namentlich mit Globalbudgets. Die Erfahrungen zeigen: Parlamente sind in der Lage, mit diesen Instrumenten adäquat zu steuern und sich nicht in Details zu verheddern. Diese Erfahrungen können inzwischen gut auf Gemeinden mit einem Parlament übertragen werden.

Damit die Balance zwischen der Legislative und der Exekutive gewahrt ist, sind folgende Elemente unverzichtbar (wie es auch die kantonale Gesetzgebung vorschreibt): a) Es werden Produktgruppen festgelegt und vom Parlament genehmigt, zu denen das jeweilige Budget Saldovorgaben macht; b) es werden Leistungsaufträge formuliert; c) es sind Indikatoren und Standards zu definieren, entlang derer die Leistung und die Wirkung gemessen werden können; d) das Controlling ist darauf ausgerichtet.

Globalbudgets erlauben es dem Parlament, innerhalb einer Produktgruppe mehrjährige Verpflichtungskredite zu sprechen, die an Leistungsaufträge geknüpft sind. Weiterhin möglich ist die Steuerung mit separaten Nachtragskrediten.

Die Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten hält in Artikel 72 «Finanzreglement» kurz und knapp fest: «Für die Führung des Gemeindehaushalts gilt das Gemeindegesetz». Im kantonalen Gemeindegesetz wiederum wurde mit der Teilrevision vom 1.6.2005 der Artikel 146bis «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung» eingefügt. Er ermöglicht es den Gemeinden des Kantons Solothurn, ihre Verwaltung auf die Grundsätze der wirkungsorientierten Verwaltungsführung auszurichten und mit Globalbudgets zu arbeiten, wobei letztere vom Departement zu genehmigen sind. Die Anforderungen an Globalbudgets sind abschliessend festgelegt.

Daraus kann geschlossen werden, dass die städtische Gemeindeordnung in Artikel 72 nicht geändert werden müsste: Dieser Artikel lässt die Einführung von Globalbudgets bereits zu. Voraussichtlich wird es jedoch eine Anpassung in Art. 43 der Gemeindeordnung brauchen: Dort sind die heutigen Finanzbefugnisse des Stadtrates festgehalten, insbesondere die Möglichkeiten, einmalige oder jährlich wiederkehrende Ausgaben ausserhalb des Budgets zu beschliessen.

- - - -

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. Ausgangslage

§ 146^{bis} Gemeindegesetz, auf den sich der Vorstoss stützt, trägt den Titel: Wirkungsorientierte Verwaltungsführung und erlaubt den Gemeinden unter gewissen Voraussetzungen ihre Verwaltung oder Teilbereiche davon auf die Grundsätze der wirkungsorientierten Verwaltungsführung auszurichten. Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung, kurz WoV genannt, beinhaltet einen finanztechnischen Bereich, der in § 146^{bis} GG mit den Bestimmungen über das Globalbudget rudimentär abgehandelt wird. Darauf wird weiter unten eingegangen. Gleichzeitig beinhaltet WoV aber auch einen verfassungsrechtlichen Teil, der im Gemeindegesetz aber nicht behandelt wird.

2. Rechtliche Umsetzung

Mit der Einführung von Globalbudgets geht ein Verlust im Detaillierungsgrad des Budgets einher. Das Parlament verzichtet auf einen Teil seiner Budgethoheit und verschafft der Regierung und der Verwaltung somit einen grösseren Spielraum. Dies hat direkt Einfluss auf die Gewaltenteilung, welche durch Verschiebung der Machtverhältnisse im Budgetbereich in ein Ungleichgewicht gerät. Das Gleichgewicht wiederherzustellen, ist Aufgabe des rechtlichen Teils, der vom Gemeindegesetz zwar nicht vorgesehen ist, dem aber vor allem bei einer flächendeckenden Einführung unbedingt Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Dies betrifft insbesondere die ausserordentliche Gemeindeorganisation mit einem Parlament, wie Olten sie pflegt.

Der Kanton Solothurn hat der Sicherstellung dieses Gleichgewichtes bei der flächendeckenden Einführung von WoV grosse Aufmerksamkeit geschenkt und ist dabei von folgender These ausgegangen (vgl. dazu Philippe Mastronardi: *Demokratietaugliche WoV: Das Solothurner Modell*, in ZBL 104/2003, S. 393 ff):

Die demokratische Steuerung der Verwaltung kann durch WoV verbessert werden, wenn das Anliegen der Gewaltenteilung neu ausgestaltet und insbesondere auf die politische Planung und Budgetierung ausgeweitet wird.

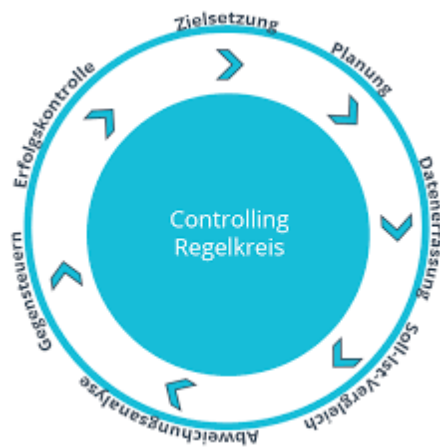
Grundprinzip bleibt die demokratische Aufgabenteilung im gewaltenteiligen Staat. Danach gibt das Parlament die politische Richtung an, während die Regierung die dafür erforderlichen Massnahmen trifft. Oder in WoV-Terminologie: das Parlament gibt die Wirkungen vor, welche anzustreben sind, während die Regierung die Leistungen bestimmt, die zu diesem Zweck zu erbringen sind. Schwierig und heikel wird die Definition und Einführung der neuen Instrumente für das Parlament sein, welche den oben genannten Kompetenzverlust kompensieren vermögen, ohne das Grundprinzip der demokratischen Aufgabenteilung zu verletzen.

Ein solches Projekt wäre spannend und würde bei einer umfassenden Betrachtung sowohl die Verwaltung stärken, weil sie mehr Handlungsfreiheit und Verantwortung erhielte, und gleichzeitig auch das Parlament teilweise stärken, da mit den neu zu definierenden

Instrumenten via Wirkungsvorgaben indirekt auch über Leistungen gesteuert werden kann. Ein solches Projekt ist aber nur in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden und nicht ohne externe Experten durchführbar. Denn im Kanton Solothurn wird keine Gemeinde mit einem Globalbudget geführt. Lediglich die Gemeinde Breitenbach hat im Bereich des Sachaufwandes der Schulen ein beschränktes Globalbudget eingeführt. Erfahrungen fehlen und der verfassungsrechtliche Gewaltenteilungsaspekt ist noch gar nicht berücksichtigt. Eine diesbezügliche Erweiterung der WoV-Bestimmungen im Gemeindegesetz wäre zwingend notwendig. Gleichzeitig gilt es aber auch auf Stadtebene diverse Erlasse anzupassen und gar neu zu schaffen. Dabei ist auch eine Anpassung der Gemeindeordnung zwingend (vgl. § 146.^{bis} Abs. 1 GG).

3. Finanztechnische Umsetzung

Die Einführung eines Globalbudgets bedingt die Einführung einer Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) und einer Controlling-Struktur. Diese ist heute in Olten für die Einführung eines Globalbudgets noch zu wenig existent oder beschäftigt sich nur mit Teilbereichen der gesamten Controlling-Palette. Gewisse Controlling-Instrumente (Bsp. Beteiligungscontrolling) und statistische Werte sind vorhanden. Mit der Einführung eines Globalbudgets ist der gesamte Controlling-Regelkreis zu implementieren. Das Controlling wird sich nicht nur im Rahmen der Budgetphase mit dem Globalbudget beschäftigen; Controlling wird zur Daueraufgabe.



Massgebend für die Ausgestaltung einer Controlling-Struktur sind insbesondere die Produktpalette, die Tiefe (Detaillierung des Leistungsauftrages, Anzahl Indikatoren) und die Ausgestaltung des Kostenrechnungssystems. Es ist dabei entscheidend, ob mit einer Ist-, Normal- oder Standardkostenrechnung gearbeitet wird. Aufgrund der Controlling-Organisation anderer Städte ist jedoch damit zu rechnen, dass in Olten bei einfacher Ausprägung der Controlling-Struktur mindestens eine Controlling-Stelle eingeführt werden muss, bei einer höheren Ausprägung (System, Verrechnungen, Reporting) der Produktpalette und des Controlling-Standards aber bis 2.5 Stellen nötig werden (1 x Leiter Controlling, 5 x 0.3 Direktionscontroller) .

4. Umsetzung IT-technisch

Heute arbeitet die Stadtverwaltung mit einem zweckmässigen und günstigen ERP-System, welches jedoch nicht vollständig integral ist. So sind z.B. Systeme der Zeiterfassung sowie Personal- und Lohnsysteme nicht Teil des eingesetzten ERP-Systems, können aber aufgrund des geringen Datentransfers relativ einfach in das ERP-System eingelesen werden. Die heute eingesetzte Finanzsoftwarelösung bietet zwar ein betriebliches Rechnungswesen an, inwieweit die vom aktuellen Hersteller zur Verfügung gestellte Kosten- und Leistungsrechnung das zu definierende Kosten-Leistungsrechnungssystem (Istkostenrechnung, Normalkostenrechnung oder Plankostenrechnung) abzubilden vermag, kann heute nicht abschliessend beurteilt werden. Bei umliegenden Städten welche WOV eingeführt haben, ist die in Olten eingesetzte Software nirgends im Einsatz. Ein zwingender Wechsel auf ein echtes integrales System und damit einer effizienten Kosten- und Leistungsrechnung, welche die Grundvoraussetzung für Globalbudgets ist, kann nicht ausgeschlossen werden.

IST-System (Zeit/Leistungserfassung sowie Lohn) nicht integral

LOHN/PERSONAL			
ZEIT/LEISTUNG	FIBU DEBI STEUERN	ANBU GEFAK	EWK ADRESS

Soll-System (vollständig integrales System)

ZEIT / LEISTUNG			
LOHN/PERSONAL			
FIBU			
DEBI			
STEUERN			
	KLR	HKS VKS KST KTR ABR-KTR	ANBU GEFAK
			EKW ADRESS

Die Stadt Aarau, welche etwas grösser als die Stadt Olten ist, ist im Moment daran eine neue integrale Lösung einzuführen. Die Investitionskosten betragen 1.4 Mio. Franken, die jährlichen Lizenz- und Wartungskosten sind nicht bekannt, dürften aber höher als beim heute in Olten eingesetztem System sein. In Olten betragen diese Kosten 397'000 Franken.

5. Rechenzentrum Olten+

Das Rechenzentrum Olten+ betreibt heute für 11 solothurnischen Gemeinden (inkl. Olten) ein einheitliches ERP System. Damit können grosse Synergiegewinne für alle und Einnahmen für die Stadt Olten erzielt werden. Wechselt die Stadt Olten nun ihr ERP-System, so wird das heutige Konstrukt des Rechenzentrums Olten+ in Frage gestellt, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle anderen Gemeinden das System ebenfalls wechseln möchten, da künftig mit höheren Kosten zu rechnen ist. Möglicherweise müssten damit temporär auch 2 Systeme unterhalten werden.

6. Finanzielle Auswirkungen

Die Einführung eines ERP-Systems ist wesentlich von der Ausgestaltung abhängig. Mit folgenden wiederkehrenden Kosten ist zu rechnen:

Erfolgsrechnung (wiederkehrende Kosten)

Personal- und Infrastrukturkosten * 196'000 – 490'000 Franken

Lizenzkosten bei Softwarewechsel geschätzt + 100'000 Franken

Abschreibungen Softwarewechsel (ND 4 Jahre – HRM2) 350'000 Franken

Mehrkosten / Mindererlöse Wegfall Rechenzentrum ? Franken

Investitionsrechnung / Einmalige Kosten

Einführung neue Software (Projekt Aarau) 1'400'000 Franken

externe Begleitung Projekt (juristisch/betriebswirtschaftlich) 400'000 Franken

*Personalkosten zuzüglich 20% Sozialleistungen und 20% Infrastrukturkosten, 1 bis 2.5 Stellen

+Aktuelle Lizenz- und Wartungskosten rund 397'000 Franken pro Jahr (+ 25%)

7. Chancen / Risiken

Die Einführung eines Globalbudgets, verbunden mit einer Kosten-Leistungs-Rechnung würde zu einer Modernisierung und Verschlankeung des aktuellen Berichtswesens beitragen. Das Parlament könnte gezielter auf die Leistungen der Stadt Einfluss nehmen. Die

Verwaltung würde – wie eingangs erwähnt – für die Leistungserbringung ebenfalls mehr Spielraum erlangen.

Die gleichzeitige Einführung eines Globalbudgets und einer neuen Software kann indessen sowohl Chance als auch Gefahr sein. Der Ressourcenbedarf ist nicht zu unterschätzen. Eine Implementierung innerhalb von 2 Jahren ist deshalb nicht realistisch.

Möglich wäre auch die Einführung eines Globalbudgets in Etappen. Dies würde insbesondere den Vorteil bieten, dass die Stadt zuerst Erfahrungen sammeln kann und sich eine Einführung besser verdauen lässt. Gleichzeitig wäre jedoch der Mehraufwand immens höher, da sowohl Gemeindeordnung als auch WOV-Reglement zweimal (Änderung der unterstellten Leistungen) vorgelegt werden müssten. Die Kosten für Software, Lizenz- und Wartungskosten würden gleichbleiben.

8. Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat erachtet die Einführung eines Globalbudgets im Grundsatz als machbar und vom Prinzip her auch als sinnvoll. Aufgrund der Ausgangslage bzw. der fehlenden Voraussetzungen im Kanton Solothurn stellt er aber gleichzeitig fest, dass der pekuniäre Mehrwert nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zu den aufgezeigten zu erwartenden Mehrkosten im Personal- und Infrastrukturbereich steht. Bereits die Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage und eines entsprechenden Umsetzungskonzeptes dürfte hohe Summen verschlingen. Hinzu kommt, dass für die Bevölkerung auch kein unmittelbar messbarer inhaltlicher Mehrwert entsteht. Der Stadtrat empfiehlt deshalb, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Martin Räber, Fraktion Grüne/Junge Grüne: Ich glaube, es ist wirklich ein ganz wichtiger Grundsatzentscheid, den wir heute Abend bezüglich des Auftrags von Felix und Mitunterzeichnenden fällen. Er fordert zwar nicht direkt die Einführung der Globalbudgets, aber die Ausarbeitung der Grundlagen für diese Einführung usw. Erst nachdem diese Grundlagen inklusive Kosten etc. ausgearbeitet sein werden, würde das Parlament dann definitiv darüber entscheiden. Nichts destotrotz geht es heute eigentlich um die Frage, wie wir als Parlament arbeiten wollen. Was soll unsere Aufgabe als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sein? Es geht darum zu entscheiden, ob wir zukünftig mehr strategisch tätig sein und die Verwaltung im Prinzip über Ziele und Leistungsindikatoren steuern möchten oder ob wir uns weiterhin über Frankenbeträge unterhalten und streiten wollen. Wir würden mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung alljährlich einen Leistungsbericht erhalten. Dieser weist aus, was in den einzelnen Verwaltungseinheiten in den sogenannten Produkten geleistet wurde, aufgeschlüsselt nach vorgegebenen, von uns bestimmten quantitativen Indikatoren. Das erzeugt einen Druck auf die Leistungserbringer, die Verwaltung. Sie müssen alljährlich gerade stehen für das, was sie gemacht haben oder nicht gemacht haben. Globalbudgets erfordern auch eine andere Führungskultur, die stärker auf Ziele und Ergebnisse ausgerichtet ist. Damit, das kann man lesen, lassen sich hauptsächlich eben auch Kosten und Leistungsbewusstsein verbessern und das unternehmerische Denken und Handeln in der Verwaltung steigt. Man kann von Gemeinden, die dies schon eingeführt haben, auch lesen, dass die Verwaltung damit effektiver und effizienter wird. Dafür erhält die Verwaltung auf der anderen Seite mehr Flexibilität, weil sie die Mittel freier einsetzen kann. Aber sie muss in diesem Sinn liefern, und wir können das Gelieferte überprüfen. Stimmt die Leistung nicht, können wir korrigierend eingreifen. Für uns Grüne ist deshalb klar, dass es mit WOV kein Verlust an Steuermöglichkeit, die wir uns damit quasi einhandeln, wie dies der Stadtrat sagt, sondern es ist ein Gewinn. Klar, wir können vielleicht nicht mehr so im Detail am Budget herumschrauben. Aber wir setzen uns dafür mit

strategischen Fragen auseinander. Die Einführung der Globalbudgets würde auch eine Stärkung der Finanzkommission mit sich bringen. Das ist ziemlich klar. Die Budgetvorgaben würde der Stadtrat der FIKO zuerst vorlegen und konsultieren. Bei Nachtragskrediten muss die FIKO zustimmen, und das Parlament und insbesondere auch die FIKO hätten die Oberaufsicht über die Verwaltung. Ich, der ich in der FIKO bin, würde mich über die Aufgabe sehr freuen. In der FIKO habe ich es jetzt ein Jahr lang erlebt. Wie es jetzt ist, kommt mir ein wenig wie eine Alibiübung vor. Mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung bekäme auch die FIKO echte Aufgaben und Verantwortung. Noch ein Wort zu den Kosten: Der Stadtrat führt dies auf. Er hat eine Aufstellung von möglichen Kosten gemacht. Aber inwiefern sie tatsächlich anfallen und die heutigen technischen Systeme nicht geeignet sind, ist nicht ganz klar. Es sind zwar Kostenszenarien vorhanden. Aber die Kenntnis der Situation fehlt eigentlich noch. Es könnte auch sein, dass man die Reporting- und Controlling-Strukturen mit der bestehenden Software auch abfahren könnte oder dass die Software vielleicht ausgetauscht werden muss, aber erst nach der bestehenden Lösung. Das ist nicht ganz klar. Ein Punkt ist noch, dass es allenfalls zwei Systeme brauchen könnte, weil die anderen Gemeinden, die auf diesem System laufen, andere Anforderungen haben. Ich denke, diese Zuschlagskosten könnte man auch auf die Gemeinden abwälzen. Das betrachten wir nicht als grosses Problem. Über die Effizienzsteigerung, die solche Globalbudgets bringen können, und damit verbunden auch Kosteneinsparungen fehlt die Einschätzung des Stadtrats. Er zählt einfach nur potenzielle Kosten auf. Natürlich ist es schwierig zu beziffern, was dort tatsächlich an konkreten Einsparungen heraus schauen könnte. Aber wir denken, das wird sicher passieren. Es wird die Verwaltung effizienter machen, und mittelfristig werden diese Kosten durch die effizientere und effektivere Führung der Verwaltung letztendlich hereingeholt. Noch ein Wort zur Einführung: Heute würden wir beschliessen, quasi den Startschuss dafür geben, die Einführung vorzubereiten. Man kann sich auch vorstellen, dass eine gestaffelte Einführung Sinn machen kann, sprich, dass man nicht den ganzen Apparat auf das neue System umlegt. Das haben andere Gemeinden und Städte auch schon gemacht. Man könnte sich vorstellen, dass man einen Testlauf macht und vielleicht einmal einzelne Bereiche so führt und dann evaluiert und das Konzept noch anpasst, bevor man es dann flächendeckend einführen würde. Grundsätzlich würde eine solche Einführung sowieso längere Zeit dauern. Das wird sicher anderthalb bis zwei Jahre dauern, von Vorbereitung, Planung, Schulung der Leute und dann die tatsächliche Einführung. Es ist etwas, das sich noch relativ lange in die Zukunft hinausziehen wird, bis es tatsächlich total umgesetzt würde. Dazu möchte ich noch sagen, dass auch für mich als Gemeinderat, nicht nur für die FIKO, eine Tätigkeit viel interessanter, spannender und sinnstiftender wäre, wenn wir uns überhaupt ein wenig um strategische Belange und Wirkungen kümmern könnten und weniger das Mikromanagement machen, in diesen kleinen Zahlen operieren müssten. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Vorstoss eine Mehrheit finden würde, und zähle auf Eure Stimme. Danke.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Ich danke Martin für seine Ausführungen. Wie Ihr im Antrag des Stadtrats seht, wird die Einführung eines Globalbudgets im Grundsatz als machbar und im Prinzip auch als sinnvoll erachtet. Die Konsequenzen für das Parlament sind klar. Man kann sich zwar mit grösseren Kisten als jetzt auseinandersetzen. Aber die Rolle des Parlaments wird sicher geschwächt. Das heisst, man kann nicht mehr über einzelne Stellen befinden, wie dies bis jetzt der Fall war. Man kann nicht mehr über einzelne Budgetposten befinden, sondern man fällt Grundsatzentscheide, welche die Verwaltung dann umsetzt. Dadurch wird die Verwaltung sicher gestärkt, sie kann bestimmt mehr machen als sie es heute kann, und das Parlament geschwächt. Insofern muss sich das Parlament wirklich die Frage stellen, welche Rolle es in Zukunft einnehmen will, ob es allenfalls, wie es Martin gesagt hat, strategisch entscheiden will oder auch in den Detailfragen Stellung nehmen können. Die Krux am Ganzen ist eigentlich, dass die Erarbeitung dieser Grundlagen sehr zeit- und kostenintensiv sein wird. Wir in der Verwaltung können es sicher nicht selber bewerkstelligen, die Grundlagen, um die Globalbudgets zu schaffen. Es hat auch im Kanton Solothurn keine Gemeinden, die man als Beispiel nehmen könnte, damit es einfacher wird, sondern man müsste alles von Grund auf erarbeiten und sicher auch mit einer Drittfirma zusammenarbeiten, was auch die Konsequenz hätte, dass es kostenintensiv wäre. Da stellt

sich natürlich schon die Frage, ob es Sinn macht, dass man etwas ausarbeitet, bei dem wir relativ viel Geld ausgeben und am Schluss, wenn es um einen Entscheid, ja oder nein, geht, diese Frage dann negativ beantwortet würde. Das heisst, man würde dann die Globalbudgets nicht einführen und hätte zur Erarbeitung dieser Grundlagen schon viel Geld ausgegeben. Als Beispiel könnte ich Aarau nehmen. Sie führen jetzt die Globalbudgets relativ rudimentär. Sie kommen mit einer 80-Prozent-Controlling-Stelle durch. Das hat der Stadtpräsident von Aarau gerade kürzlich unserem Stadtpräsidenten mitgeteilt. Das Parlament hat wirklich nicht mehr viel zu sagen. Sie können keine Stelle mehr genehmigen oder nicht genehmigen, und sie können auch zu Detailfragen nicht mehr Stellung nehmen. Das ist ein rudimentäres System, das relativ wenige Kosten verursacht, weil ein Controller mit einem 80-Prozent-Job angestellt wird. Aber je nachdem, wie man dieses System ausgestalten würde, wäre es sicher auch viel teurer. Zu den beiden Systemen, die Martin angetönt hat: Er hat einfach so salopp gesagt, man könnte die Kosten auf die Gemeinden abwälzen. Das geht sicher nicht. Wir stehen hier in Konkurrenz mit der Firma Dialog, die eigentlich unsere Anbieterfirma ist. Wenn wir viel teurer als Dialog selber wären, würden die Gemeinden sicher abwandern und direkt mit dieser Firma einen Vertrag abschliessen und nicht mehr über Euer Rechenzentrum laufen. Auch dort macht eine Führung von zwei Systemen sicher keinen Sinn. Wie ich bereits gesagt habe, liegt es am Parlament, darüber zu befinden. Von der Verwaltung her wären wir sicher nicht abgeneigt, auch wenn dies mit Kosten verbunden ist. Aber ganz klar müsste hier gesagt werden, dass die Rolle des Parlaments geschwächt wird und die Parlamentarierinnen und Parlamentarier darüber befinden müssen, ob sie dies tatsächlich möchten. Besten Dank für das Zuhören.

Marc Winistörfer, SVP: Ich nehme hier für die Fraktion Stellung und werde mir hier aus Effizienzgründen auch als FIKO-Mitglied noch zwei, drei persönliche Bemerkungen erlauben. Ich finde, Martin hat es gut gesagt. Es ist mehr als einfach nur ein normaler Entscheid. Es ist ein Grundsatzentscheid, den wir hier treffen. Wir führen zwar jetzt ein Globalbudget und WOV nicht ein, wenn wir hier zustimmen. Aber ich glaube, es würde auch keinen Sinn machen, wenn wir jetzt ja sagen und nachher in einem zweiten Schritt ablehnen würden. Ich glaube, das müssen wir uns schon vorweg einmal bewusst sein. Es ist ein Grundsatzentscheid, den wir hier treffen. Wir haben uns einfach gefragt, ob es aktuell Handlungsbedarf gibt, um diese Baustelle auch noch zu eröffnen. Wir haben ja schon andere physische Baustellen. Wir haben eine Budgetabstimmung, die vor der Türe steht, die möglicherweise zu einer neuen Runde Budgetdiskussion führen wird. Wir haben einige grössere Themen, die uns in den nächsten paar Monaten und auch ein, zwei Jahren beschäftigen werden. Wir müssen Prioritäten setzen. Ich glaube, das Globalbudget einzuführen ist jetzt einfach keine Priorität, und einen Handlungsbedarf gibt es aus unserer Sicht diesbezüglich nicht. Aus Sicht der SVP gibt es verschiedene Gründe, die dagegensprechen. Es ist auch schon von Benvenuto angetönt worden. Es ist kostenintensiv, wenn man das System jetzt ändert. Der Stadtrat hat Zahlen genannt. Notiert ist, dass 1,4 Millionen geschätzt werden. Es gibt eine Anpassung IT. Was muss aufgewendet werden? Nachher kommen laufende Kosten. Da ist die Rede von 2,5 neuen Stellen, die nötig sind. Controller sind jetzt nicht die ganz günstigsten Mitarbeiter, die eine Stadt einstellen würde. Wir haben schon einmal einen finanziellen Aspekt, der dagegenspricht. Dann gibt es einen weiteren technischen Aspekt. Die Effizienzsteigerungen, die immer mit WOV, Globalbudgets etc. propagiert werden, sind primär theoretischer Natur. Wenn man Literatur, Forschung anschaut oder auch wenn man Leute, die sich tagtäglich mit der Beratung der öffentlichen Hand beschäftigen, fragt, gibt es eigentlich nicht so viel empirische Evidenz, dass da etwas effizienter wird. Es ist auch schon gesagt worden. Es gibt noch einen weiteren Punkt. Er ist für mich persönlich, aber auch für meine Fraktion eigentlich fast mitentscheidend. Wichtiger als der finanzielle Punkt ist der staatspolitische Aspekt. Wir schwächen uns als Parlament, auch wenn Martin vorhin das Gegenteil behauptet hat. Aber es ist halt einfach wirklich nicht so, dass das Parlament gestärkt wird, wenn wir nachher einfach noch global über Ausgaben befinden können. Gerade auf Gemeindeebene ist es etwas, wo Usus ist, dass man sich auch über Vereinsbeiträge etc. äussern kann und darüber abstimmen, ob man dies mit dem Budget geben will oder nicht. Ich glaube, dieser Aspekt geht einfach verloren. Es ist auch die Kontrollfunktion des Gemeinderats, die aus unserer

Sicht einfach nicht mehr gewährleistet wäre. Kurz: Die SVP wird diesen Auftrag geschlossen ablehnen und hofft, dass die anderen Fraktionen hier folgen werden. Merci.

Luisa Segessenmann, Fraktion SP/Junge SP: Wir sehen die theoretischen Vorteile dieses Globalbudgets darin, dass die Exekutive über ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich jeweils am besten Bescheid weiss und auch über die einzelnen Budgetposten selber bestimmen kann, ohne dass wir hineinfunkeln und Sachen streichen, die es eigentlich bräuchte oder Ausgaben aufnehmen, die gar nicht notwendig sind, aus dem einfachen Grund, dass der Stadtrat im Normalfall uns gegenüber einen Wissensvorsprung hat. Wir trauen es dem Stadtrat auch absolut zu, ein gescheites Budget zusammenzustellen, und haben dies in der letzten Budgetsitzung so zum Ausdruck gebracht, wo wir am Budget nur Kleinigkeiten geändert haben. Nicht über jeden einzelnen Budgetposten zu streiten, würde uns durchaus effizienter und auch qualitätsorientierter machen. In diesem Punkt schliessen wir uns Martin Räber sehr gerne an. Das Problem am globalen Budget liegt für uns aber darin, dass wir auf Gemeindeebene anders als auf Kantons- und Bundesebene kaum wirksame Mittel haben, um die Zielvorgaben unserer Exekutive verbindlich zu gestalten oder ein Geschäft an uns zu ziehen, wenn es von der Exekutive nicht nach den Zielvorgaben der Legislative umgesetzt wird. Eine Abgabe der Kompetenz, die wir bis jetzt bei der Budgetdiskussion geniessen durften, beschert uns, anders als dem Kantonsrat, keine neuen Kompetenzen, sondern entmachtet die Legislative nur noch mehr, weil wir zwar noch nett tönende Ziele formulieren dürfen, aber keine Mittel mehr haben, um sie durchzusetzen. Ausserdem schliessen wir uns auch ein wenig dem Argument des Stadtrats an, dass eine Umstellung extrem kostspielig wäre und wir die verfügbaren finanziellen Mittel gerne in Anderes investieren würden, als in die Entmachtung des Oltnen Parlaments. Anders als Baden, eine vergleichbar grosse Stadt, die das Globalbudget einigermassen erfolgreich eingeführt hat, verfügt die Stadt Olten nicht respektive nicht mehr über diverse inner- und ausserparlamentarische Kommissionen, welche die Kompetenzen hätten, die Zielvorgaben mitzugestalten und wenn nötig in ihren Fachbereich einzugreifen. Die Stadt Olten hat in den letzten Jahren diverse Kommissionen abgebaut. Als Voraussetzung für eine Annahme des Globalbudgets müsste für die Mehrheit der Fraktion SP/Junge SP eine Garantie für funktionierende Prüfungs- und Durchsetzungsmechanismen der Zielvorgaben vorhanden sein. Das ist aus unserer Sicht aktuell nicht oder noch nicht der Fall. Ohne sichergestellte Controlling-Mechanismen sprechen wir uns gegen diese Machtverschiebung zu Ungunsten des Parlaments aus. Wir stimmen deshalb gegen eine Erheblicherklärung dieses Auftrags. Merci vielmals.

Heinz Eng: Zuallererst sagt die FDP-Fraktion Felix Wettstein danke, dass er dies überhaupt aufgebracht hat. Ich glaube, es ist wichtig und richtig, dass wir dies auch diskutieren. Ein Merci auch Martin für seine Eingangsworte und die Erklärungen. Das macht alles sehr Sinn. Alles ist gut. Aber trotzdem gibt es ein paar Pferdefüsse. Ich möchte kurz ausführen, de quoi s'agit-il, worum geht es überhaupt? Erlaubt mir, dass ich ähnlich wie Daniela Minikus gestern, über die Historie der Winkelunterführung kurz rede und sage, worum es bei WOV geht. WOV ist keine Erfindung des Kantons Solothurn. Auch die Schweiz hat WOV nicht erfunden. In meiner Studienzeit, Mitte 1990, als ich in Lausanne war, war in den Ländern international von Australien und Neuseeland mit ihren riesigen Staats- und Haushaltsdefiziten die Idee New Public Management gewachsen. Führen mit Leistungsauftrag, Globalbudget, aber auch entsprechende Personaleinsparungen. Das ist das Zauberwort. Einsparungen. Nachher ist es auf Europa usw. geschwappt. Dann ist das Wort WOV gekommen. Felix hat es auch geschrieben. Das ist mittlerweile über 20 Jahre alt. Die wirkungsorientierte Verwaltung. Dann ist man so weit gegangen und sagt, man könnte, könnte nicht, aber wir möchten dann trotzdem auf das Ganze gehen. Dann die Einsparungen und was weiss ich. Nachher sind die Parameter gekommen, entsprechend auch wegen der Steuerung, Controlling usw. mit diesen Auswirkungen. Wenn Ihr lest, was Felix hier schreibt, und das schreibt er richtig, sagt er «Globalbudgets erlauben es dem Parlament, innerhalb einer Produktgruppe mehrjährige Verpflichtungskredite zu sprechen, die an Leistungsaufträge geknüpft sind. Weiterhin möglich ist die Steuerung mit separaten Nachtragskrediten». Ich habe in meiner Studienzeit ein Semester beim Bundesamt für Veterinärwesen, welches das New Public Management eingeführt hat, absolviert. Was haben sie gemacht?

Sie haben die Produktegruppe definiert. Was sind die Aufträge? Was ist der Leistungsauftrag? Anschliessend haben sie zu jeder Produktegruppe ein Personalprofil gemacht. Braucht es einen Chef, braucht es, was weiss ich, mit den Qualifikationen für die Anforderungen dieser Stelle. Dann, und das ist wirklich ein wichtiger Faktor, haben sie ihren 90 oder 100 Mitarbeiterin vorsorglich gekündigt und gesagt, dass sie sich entsprechend wieder auf die Stelle, die anders ausgesehen hat, melden können. Etwa 10 bis 15 % hatten gar keine Stelle mehr. Das war nicht die kleine Sekretärin. Es hatte auch Veterinäre und Ärzte, die in dieser Produktegruppe mit dem Leistungsauftrag, den man definiert hat, in diesem Sinne keinen Platz hatten. Das ist eigentlich New Public Management, und das wäre eigentlich auch WOV. So wird in der Schweiz respektive auch im Kanton Solothurn halbwegs der Helvetismus umgesetzt. Es hat ja hier im Rat einige, die auch entsprechende Erfahrungen aus dem Kantonsrat haben. Ich habe bis jetzt nie gesehen, was die finanziellen Auswirkungen und Einsparungen des Kantons Solothurn, der WOV eingeführt hat, sind. Sie können nicht beziffert werden. Martin hat es zwar angetönt, und das schien mir sehr gut, dass es ja über die Kosten Einsparungen geben soll. Aber da wäre es schon auch einmal wichtig zu schauen, wie viel überhaupt und was. Wenn dies wirklich durchgezogen wird, so wie es vorhin gesagt wurde, ebenfalls mit den Produktegruppen, Leistungsaufträgen und dann eben auch beim Personal, macht es einen Sinn und es gibt entsprechende Einsparungen. Dann kommen wir zu den Verpflichtungskrediten. Ich habe hier eine Militärschokolade, die ich essen werde. Verpflichtungskredite sind wunderbar. Ich glaube, das Militär hat sie nicht mehr. Pro WK erhielt der QM einen Verpflichtungskredit, einen Munitionskredit, Treibstoffkredit. Wenn am Schluss noch etwas übrig war, haben wir eine Riesenübung gemacht, sind mit den Panzern noch ein paar Angriffe mehr gefahren, mit den Minenwerfern noch ein wenig geschossen. Am Schluss will ja niemand, dass der Verpflichtungskredit entsprechend gekürzt wird, weil man sonst im nächsten Jahr weniger erhalten wird. Controllings und Steuerung müssen dann auch so funktionieren, dass es dann entsprechend auch das Bonus-/Malus-System gibt und man am Schluss nicht sagt, wir haben noch ein wenig Geld. Was machen wir? Und so weiter, und so fort. Ganz viele Sachen, die hier eigentlich andeutungsweise in diese Richtung gehen, falls diese Parameter nicht richtig oder entsprechend konkret ausgewiesen sind. Das Fazit des Ganzen: In der FDP-Fraktion hat es sowohl hüben wie drüben. Einige können sich damit anfreunden, andere nicht. Grossmehrheitlich werden wir dies ablehnen. In diesem Sinne sicher ein wichtiger Ansatz. Ich kann mich eigentlich dem, was Marc gesagt hat, an. Dass es der richtige Zeitpunkt ist, glaube ich auch nicht. Wichtig ist aber, dass die Diskussion weitergeht, jedoch von diesem Zeitpunkt her auch im Wissen, was jetzt Stadtrat Benvenuto Savoldelli gesagt hat. Mit diesen horrenden Kosten und diesen Aussichten sicher der falsche Zeitpunkt.

Thomas Kellerhals, CVP/EVP/glp-Fraktion: Ich war auch in den 1990er-Jahren an der Uni und wollte auch gerade mit dem New Public Management kommen. Die Uni Bern war dort eigentlich auch recht führend. So, wie ich es im Kopf habe, das ist schon sehr lange her, hatte man vor allem im Sinn, dass der Staat nicht nur verwalten soll. Es waren zum Teil schwarze Löcher, wo man Geld hineingesteckt hat. Aber man hat nicht richtig gewusst, was herauskommt. Bürokratie, mehr Verwaltung, die Verwaltung wächst immer. Eigentlich war der ganze New Public Management-Ansatz da, dass man auch in der Verwaltung diesen unternehmerischen Geist erwecken wollte, dass man die Indikatoren hat, mit denen man nachher besser als vorgegeben abschneiden kann und dass auch ein wenig ein Wettbewerb hineinkommt. Es hat vom New Public Management her noch viele andere Instrumente gegeben. Gewisse sind wieder versandet, gewisse waren nicht gut. Aber ich glaube, man kann schon sagen, dass sich die Sache mit diesen Globalbudgets eigentlich recht gut durchgesetzt hat. In diesem Sinne ist das Herz des Ökonomen, als ich diese Vorlage zum ersten Mal gesehen habe, ein wenig gehüpft. Vor allem habe ich dann gemerkt, dass vielleicht doch noch etwas von dieser Uni-Zeit geblieben ist. Die Steuerung über Cockpit mit diesen Leistungsindikatoren könnte man ein wenig mit Management by Objectives vergleichen. Man gibt der Verwaltung Ziele vor und sagt dann, probiert, dies jetzt mit den Mitteln, die Euch zur Verfügung gestellt werden, so gut als möglich umzusetzen. Wenn man sich umhört, auch im Kantonsrat, gibt es eigentlich nicht viel negative Stimmen. Aber die Vorlage war natürlich bei uns auch sehr umstritten, vor allem umstritten, dass es wirklich

einen Paradigmenwechsel gibt. Man kann dies wirklich sagen. Grosse Umwälzungen, neue Rollen in Verwaltung, Stadtrat und eben auch bei uns als Parlament, die zum Teil akzeptieren müssen, dass man im Budget nicht mehr über jede Weinflasche oder was auch immer abstimmen kann. Die offene Frage ist, ob der Aufwand im Vergleich zum Nutzen zu gross ist. Das haben wir uns auch überlegt. Was ist denn eigentlich der Nutzen? Konnte man tatsächlich schon einmal messen, ob der grosse Paradigmenwechsel mit diesem grossen Aufwand schlussendlich einen finanziellen Nutzen gebracht hat? Ökonomische Ansätze. Am Schluss gilt es auch immer, die verfügbaren, vor allem finanziellen Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Da waren wir uns nicht ganz einig. Kann man immer alles messen? Kann man immer alles Gute wirklich in Zahlen ausdrücken und messen, auch beim Nutzen dieses Ansatzes? In diesem Sinne wird eine knappe Mehrheit der Fraktion diesem Auftrag zustimmen. Wir sind der Meinung, man sollte hier weitere Abklärungen machen, diesen ersten Schritt einmal gehen. Aber wir sind dann sicher nicht der Meinung, dass dies als Riesenprojekt innerhalb kürzester Zeit umgesetzt werden könnte, sondern wenn man dann, und das ist schon wieder etwas Zukunftsmusik, einmal in die Zukunft schaut, versucht, dies irgendwie etappenweise einzuleiten. Diesen unternehmerischen Geist, dieses unternehmerische Handeln in der Verwaltung, könnte man noch vermehrt, ich sage nicht, dass sie Geld verlochen, zur Geltung bringen. Merci.

Sieu-Jhing Tang!: Ich hoffe, es überrasche jetzt nicht, wenn ich sage, dass wir von Olten jetzt! das Globalbudget eine gute Sache finden. Ihr könnt Euch bestimmt alle noch an die letztjährige Budgetdebatte erinnern. Damals wurden langfädige Diskussionen geführt, an welchem Budgetposten wie viele Franken gespart oder sogar ganz gestrichen werden sollten. Von einem solchen Micro-Management möchten wir ganz klar wegkommen. Mit einem Globalbudget überlassen wir die Umsetzung den Profis, die auch die Ziele definieren und wir hoffentlich auch zukünftig konstruktivere Diskussionen über die Wirkung oder Resultate führen können. Selbstverständlich sind wir uns bewusst, dass diese Umsetzung sehr gut geplant werden muss und auch nicht von heute auf morgen erfolgen kann und natürlich sicher auch kostenintensiv sein wird. Aber der Nutzen überwiegt für uns ganz klar. Deshalb werden wir von Olten jetzt! diesen Auftrag auch einstimmig erheblich erklären.

Matthias Borner: Ich muss sagen, dass ich die beide Welten kenne. Ich bin in der FIKO. Damals waren die GPK und FIKO in der Stadt Olten gemischt. Auch bin ich in der FIKO des Kantons Solothurn. Ich kenne beides. Sehr rate ich davon ab, dies in der Stadt Olten einzuführen. Ich muss schon sagen, dass Martin Räber sehr idealisiert, dass dann alles besser wird, und wenn wir dann strategisch reden können, nachher alles besser ist. Beide Arten haben Vor- und Nachteile. Das Erste, was ich Euch jetzt einfach zeigen muss, ist folgendes: Was die Sprecherin von Olten jetzt! gesagt hat, ist korrekt. Auf der anderen Seite sind die Profis. Ich kann Euch hier einmal etwas zeigen. Das ist mein Ordner wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Das ist quasi mein Handbuch, wie ich dieses Budget machen kann. Wenn man in diesen Budgetberatungen irgendwie einen Antrag machen möchte, kommt immer wieder jemand und sagt, ja, laut Handbuch Artikel 14.7 kann man diesen Antrag so nicht stellen. Für ein Milizparlament ist es wirklich schwierig, hier durchzublicken, und ich würde Euch sehr davon abraten. Gerade in der Stadt haben wir diese Zeit nicht. Dass Aarau dies mit einer 80-Prozent-Stelle schafft, darüber staune ich sehr. Im Kanton Solothurn ist es im Kantonsrat so, dass jede Abteilung für sich auch noch zusätzliche Aufwände hat. Die Professionalisierung, die Reglementierung steigen überall. Wenn es überall steigt, steigen auch die Kosten. Was man hier eigentlich anstösst, ist in meinen Augen eine Verwaltungsreform. Das ergibt einen enormen Kostenaufwand. Ich finde, kleine Posten streichen zu können, ist auch ein Vorteil. Es ist korrekt, dass es zum Teil halt zufällig ist, welchen Budgetposten man hier anspricht. Aber wir können hier auf die Intelligenz dieser 40 Parlamentarierinnen und Parlamentarier stellen, die dies anschauen. Im Kantonsrat hatten wir die Situation, dass wir einen Antrag gestellt haben, dass man die Kunst im Knast bitte kürzen soll. Dann haben wir auch eine Mehrheit gefunden. Der Regierungsrat hat es dann trotzdem gemacht und er kann dies laut WOV auch. Wir können ihm nur den Budgetrahmen geben, und er sagt «arrangez-vous». Wenn er das Gefühl hat, er wolle trotzdem für so etwas Geld ausgeben, macht er es einfach. Das ist so etwas der

Nachteil. Die Handlungsfähigkeit besteht nicht. Passt einfach auf. Wenn Euch die Verwaltung sagt, Ihr könnt strategisch mitreden, nimmt die Handlungsfähigkeit ab. Das ist meine Erfahrung. Martin Räber möchte ich noch sagen, dass es mir sehr leid, dass er die FIKO der Stadt Olten nicht so spannend findet. Ich würde ihm empfehlen, dass er bei den nächsten Kantonsratswahlen kandidiert. Dann hat er sein WOV wahrscheinlich, bevor die Stadt Olten dies eingeführt hat. Ich rate Euch sehr davon ab, für eine kleinere Stadt wie Olten so etwas umzusetzen. Der Verwaltungsaufwand ist für uns alle einfach zu gross. Merci.

Manfred Schoger: Es ist für mich sehr spannend, die ganzen Argumente dafür und dagegen anzuhören und abzuwägen. Ich möchte einfach noch einmal kurz auf meine halbjährige Erfahrung als Parlamentarier zurückgreifen. Ich habe Revue passieren lassen. Ich habe es gerade bei dieser Budgetdebatte gesehen. Ich weiss nicht mehr, wie viele Anträge der FDP es waren. Solche, dass man bis vier Uhr morgens abstimmen müsste, nur damit man den Sachbereich entsprechend kürzen kann. Wir hatten viele Anträge, um die externen Beratungen zu kürzen. Meiner Meinung nach sind dies doch eigentlich Anliegen, die besser in das Globalbudget passen würden. Wenn es anders ist, korrigiert mich bitte. Aber ich habe das Gefühl, mit diesem Budget, wie wir es im Moment haben, machen wir wirklich sehr viel Micro-Management, mit den kleinen Positionen, die wir korrigieren und über die wir gefühlt stundenlang diskutieren, ob man einen Franken mehr oder weniger für eine Position XY ausgibt, wo man sowieso nicht wirklich genau weiss, was dahintersteht. Persönlich begrüsse ich eigentlich die Idee, dass man ein wenig strategischer ist, auf dieser Flughöhe grössere Schrauben hat, auf denen man wirken und einwirken kann und auch eine Rückmeldung erhält, was mit diesem Geld genau gemacht wurde. Was hat man erreicht, und was hat man nicht erreicht? Dass man dort auf der Flughöhe, die man hat, auch entsprechende Rückmeldungen hat und wirken kann. Ich kann bei gewissen Positionen, die ich in diesem Budget sehe, bei Weitem nicht beurteilen, ob dies gerechtfertigt ist oder nicht. Ich denke, es ist auch sehr schwierig, einer entsprechenden Aufgabe gerecht zu werden und dies richtig einschätzen zu können. Merci.

Marc Winistörfer: Ich möchte das letzte Votum aufnehmen, was Manfred gesagt hat. Ich glaube, wenn wir jetzt schon Mühe haben, in die Materie hineinzusehen und zu schauen, was wo ausgegeben wird, was wir kürzen können, ist die Vorstellung, dass wir dies bei einem Globalbudget besser könnten, illusorisch. Ich denke, die Wissensasymmetrie ist halt einfach vorhanden. Wir sind ein Milizparlament. Die meisten von uns arbeiten nebenbei auch noch relativ viel. Da haben wir gewisse Einschränkungen. Was wir im Moment machen können, ist im Budgetprozess eine Kontrollfunktion wahrzunehmen. Wenn jetzt ein Globalbudget eingeführt würde, und wir meinen, wir können dem Stadtrat oder der Verwaltung strategisch sagen, wie sie agieren sollen, mag dies theoretisch sein. Es kommt auch noch sehr darauf an, wie das Ganze ausgestaltet würde. Ich glaube, es wäre nicht Realität, wenn wir dem zustimmen und dies am Ende des Prozesses einführen würden. Nachher ist gefragt worden, was der Nutzen davon ist. Es sind Effizienzsteigerungen. Ich habe es vorhin in meinem Fraktionsvotum schon angetönt und kann es jetzt noch ein wenig ausführen. Der Bund hat vor fünf Jahren auf Globalbudget umgestellt. Ich nehme an, Nationalrat Wettstein hat dies wahrscheinlich auch dort in der Finanzkommission aufgeschnappt, in der er Mitglied ist, und diesen Vorstoss deshalb lanciert. 2020/2021 gibt es Untersuchungen, die gemacht wurden, unter anderem in Lausanne, wahrscheinlich, was Heinz Eng angesprochen hat, Uni bzw. ein akademischer Betrieb ist, der dies untersucht hat. Bei diesen Zahlen geht es nicht um Kostensenkung oder Effizienzsteigerung im Sinne von quantifizierbaren Grössen, sondern es sind primär Umfragen, die bei verschiedenen Stakeholders, vor allem bei der Verwaltung, die in diesem Budgetprozess ein grosser Stakeholder ist, gemacht wurden, ob sie zufriedener oder weniger zufrieden sind. Dann hat es sich ergeben, dass die Mehrheit gesagt hat, man ist zufriedener. Wenn es dies ist, dass wir jemanden zufriedenstellen wollen, kann man diesen Anspruch haben. Aber ich glaube, das wäre nicht die richtige Motivation. Diejenigen, die jetzt noch etwas unschlüssig sind, sollten gut überlegen, ob man dies wirklich in diesem Moment eingehen, jetzt zustimmen und dies ändern und die grundlegende Neuordnung des Budgetprozesses will. Es kommt noch

dazu, dass es auch um grosse institutionelle Fragen, die man beantworten müsste, nämlich die Kompetenzen von Verwaltung, Exekutive und von uns als Legislative, und anpassen müsste. Ich finde, Benvenuto hat dies wirklich sehr gut ausgeführt. Auch im Bericht und Antrag des Stadtrats ist dies sehr gut ausgeführt. Es ist einfach sehr komplex, und ich glaube nicht, dass jetzt der richtige Moment ist. Dass der Budgetprozess schwierig und mühsam ist, das durfte ich vor ein paar Monaten auch miterleben. Ich habe mitgelitten und kann mitfühlen. Aber ich glaube, besser als eine grundlegende Änderung ist, dass wir einmal schauen können, was man im Kleinen mit dem bisherigen Budgetprozess, das wir haben, verbessern kann, und dass wir einmal einen Auftrag dazu einreichen würden. Aber bitte jetzt nicht das Kind mit dem Bad ausschütten. Merci.

Urs Knapp: Ich bin wieder einmal, und das freut mich, gleicher Meinung wie Felix Wettstein und Martin Räber. Mit einer kleinen Einschränkung, die aber noch wichtig ist, wir können jetzt nicht sagen, wir probieren einmal. Wenn wir heute zu dieser Änderung ja sagen, ist es eine grosse Änderung. Man kann eine solche Änderung nicht einfach ein bisschen machen, sondern muss überzeugt sein, ob man dies will oder nicht will. Wenn man es nicht will, gibt es dafür gute Gründe, und man soll es jetzt sagen. Wenn man es möchte, soll man sich auch bewusst sein, welche Konsequenzen man eingeht. Meiner Meinung nach hat es auch viele positive Konsequenzen. Deshalb werde ich diesem Vorstoss auch zustimmen. Man muss sich aber bewusst sein, das ist auch schon gesagt worden, dass es eine völlige Veränderung des Machtgefüges gibt. Wir können in einem Budgetprozess zum Beispiel dann nicht mehr über Lysistrada diskutieren und sagen, sie brauchen Fr. 5'000.— mehr oder weniger. Wir können nicht mehr darüber diskutieren, wir wollen jetzt Tische für die Stadthalle, die zweite Etappe, nicht kaufen. Wir können diskutieren, ob wir beim Budgetposten 2120, Primarschule, bei der Produktgruppe wäre es in Zukunft, sie beträgt jetzt 9,9 Millionen Franken, wir wollen sagen, nein, wir wollen dort wirkungsorientiert eine halbe Million mehr ausgeben. Dafür möchten oder wollen wir, dass 5 % mehr der Schülerinnen und Schüler die Promotionen ins Gymnasium schaffen. Oder wir sagen, nein, wir denken, man kann den Budgetposten von 9,9 Millionen Franken bei der Primarschule kürzen. Wir nehmen dafür in Kauf, aber der Stadtrat muss schauen, wie er dies macht. Es gibt vielleicht in einer Durchschnittsklasse eine Person mehr. Das ist es, was wir sagen können. Wir können sagen, bei der Produktgruppe 31 des Budgets, Sach- und Betriebsaufwand, wir finden die 16,5 Millionen, die jetzt im Budget sind, völlig daneben. Das kann man 10 % kürzen. Was dort passiert, wie dies gemacht wird, ist das Thema des Stadtrates. Wir wollen sie kürzen, und wir wollen, dass diese drei Kernziele weiterhin erfüllt werden. Das ist wirkungsorientierte Verwaltung. Es führt dazu, dass wir eine andere Art der Gemeindepolitik machen müssen. Meine Frage ist dort, und ich kann sie mir nicht beantworten, ob wir bereit sind, einen Mehraufwand zu leisten, und wir müssen einen Mehraufwand leisten. Sonst gibt es eine riesige Machtverschiebung zur Verwaltung und zum Stadtrat. Sind wir bereit, einen Mehraufwand zu leisten? Sind wir als Parteien der Meinung, wir finden diese Leute, wenn wir zum Teil jetzt schon sehen, wie schwierig es ist, sich dafür zu engagieren? Sind wir der Meinung, dass wir diesen Mehraufwand leisten? Sind wir der Meinung, dass unsere Verwaltung mit harten Zielen umgehen kann und harte Diskussionen führen kann? Ich meine, man sollte es tun. Aber man sollte es nur tun, wenn man die Fragen, ob wir für einen Wechsel bereit sind, jetzt entscheiden können. Wenn jemand Zweifel hat und sagt, nein, einen solchen Quantensprung wollen wir nicht, würde ich empfehlen, stimmt nein, aber man schraubt auch nicht ein wenig. Wenn Ihr wie ich der Meinung seid, doch, diesen Weg soll man gehen, wir haben ein grosses Ziel, aber das können wir erreichen, dann stimmt ja. Ich werde ja stimmen. Besten Dank.

Lukas Lütolf: Für mein Votum möchte ich die indirekte Kantonskarte ausspielen. Ich habe mich bei unserem kantonalen FIKO-Mitglied, Heinz Flück, schlau gemacht. Er widerspricht Matthias so ziemlich in jedem Punkt, weil er findet, mit entsprechendem Mehraufwand hat man eben genau mehr inhaltliche Kontrolle bei einer solchen Globalbudgetführung, und man hat klare Indikatoren, anstatt, dass man einfach nur mit dem Budget des letzten und vorletzten Jahres vergleicht. Wie hat es dort ausgesehen? Ist es Fr. 20'000.— höher oder tiefer und wieso? Man hat die klaren Vorgaben. Ausserdem würde ja dieses Globalbudget

gestaffelt eingeführt werden. Das heisst, wir können dies dann sektoriell sehr, sehr genau anschauen und uns auch die Zeit dafür nehmen. Wenn wir sehen, dass es schon läuft, da wollen wir so viel kürzen, kann uns die Verwaltung dann auch relativ transparent erklären, wo sie einsparen müssen. Zu guter Letzt haben ja dann die FIKO und das Parlament grundsätzlich immer noch die Möglichkeit, zu jedem Zeitpunkt eine solche einzelne Produktgruppe herauszunehmen und zu durchleuchten.

Thomas Fürst: Ich bin auch absolut einverstanden und der Meinung, diese Diskussion ist im Moment sehr wichtig. Deshalb dürfen wir uns auch durchaus ein wenig Zeit dafür nehmen. Es wäre sogar merkwürdig, wenn man sich die Einführung eines Globalbudgetsystems nicht überlegen würde. Aber bei einer genauen Betrachtung zeigt sich hier meines Erachtens eben auch wieder etwas, was ich schon einmal gesagt habe. Es ist verlockend, aber für Olten aus meiner Sicht nicht das Richtige. Ich möchte im Wesentlichen wirklich auf das Votum von Kollege Borner verweisen, seines Zeichens übrigens im Moment Präsident der Finanzkommission im Kantonsrat. Er weiss, wovon er spricht. Ich kann dies so bezeugen. Ich bin auch neu Kantonsrat. Das Globalbudget ist ein sehr interessantes Instrument und auf Stufe Kanton ganz sicher auch das Richtige. Mikromanagement kann man sich dort definitiv nicht mehr leisten. Aber dort kann man eben auch auf einigermaßen sinnvoller Art auf strategischer Ebene über diese Globalbudgets führen. Es ist meines Erachtens kein Zufall, dass auf Gemeindeebene Globalbudgets eben sehr selten sind, weil erstens nicht notwendig und zweitens sehr komplex. Wenn sich jetzt hier erhofft, dass die Parlamentsarbeit einfacher oder weniger zeitintensiv werden könnte, irrt er ziemlich sicher. Wenn dies doch passieren sollte, würde dies in unserem Fall ganz einfach bedeuten, dass wir höchstwahrscheinlich massiv in unserer Kompetenz beschnitten werden. Summa summarum erachte ich die Wahrscheinlichkeit als hoch, dass wir, wenn wir hier eine Erheblicherklärung aussprechen und nachher relativ viele Kosten ausgeben, das Projekt am Schluss trotzdem verwerfen. Ich werde ganz klar für nicht erheblich stimmen.

Luc Nünlist: Es ist mir fast ein wenig peinlich. Ich bin natürlich kein Kantonsrat. Wir haben es jetzt schon von Kantonsräten gehört. Ich bin nur einmal ganz weit unten auf einer Liste gelandet. Witzigerweise bin ich ja mit Matthias selten einig. Aber in dieser Causa muss ich eigentlich mitstimmen. Grundsätzlich bin ich ein grosser Freund des Globalbudgets. Ich finde, das ist eigentlich ein guter Mechanismus. Wir müssen einfach die Unterschiede, die wir in Olten haben, sehen. Wir haben in Olten einen ganz anderen Hebel des Parlaments als derjenige im Kantonsrat. Es sind zwei grundsätzlich verschieden angelegte Parlamente. Da können wir schon nicht einfach sagen, die Profis machen dies schon gut. Im Kantonsrat haben wir starke vorbereitende Kommissionen mit Antragsrecht. Diese haben wir halt in Olten in Gottes Namen vor ein paar Jahren abgeschafft. Solange wir diese nicht wieder oder andere Kontrollinstrumente haben, können wir die Kontrolle auch nicht einfach abgeben und auf Globalbudgets ausweichen. Wir haben auch schon darüber gesprochen und ich habe mit Matthias daran gerieben, das Instrument einer parlamentarischen Initiative oder sonst ein Kontrollmechanismus, wo wir als Parlament dann allenfalls bei Nichterfüllung eines solchen Leistungsauftrags auch die Möglichkeit haben, der Exekutive ein Geschäft auch wieder zu entziehen, wenn wir nicht zufrieden sind. Matthias hat mit Kunst im Knast ein Beispiel gemacht. Oder irgendetwas Ähnliches. Einfach wenn wir etwas sprechen, gehört dies in dieses Globalbudget, und dann wird das Geschäft nicht zur Zufriedenheit der Legislative ausgeführt, braucht es irgendeinmal ein Kontrollinstrument, mit dem die Legislative dies auch wieder an sich reißen kann. Wenn wir dies nicht haben, einen solchen Kontrollmechanismus nicht einführen und/oder vorbereitende Kommissionen haben, die sich spezifisch auf Teile eines solchen Globalbudgets spezialisieren und vorbereiten können, dürfen wir dieses Medium so lange an nicht anfassen, weil uns einfach schlicht die Instrumente, die man vorher braucht, fehlen, um dieses sinnvolle Vorgehen nachher einzuführen. Für mich ist hier die Abfolge nicht geklärt und nicht sinnstiftend. In diesem Moment wäre es ein kapitaler Fehler, Globalbudgets einzuführen. Es tut mir leid, dies zu sagen. Grundsätzlich finde ich diesen Mechanismus sehr gut.

Philippe Ruf: Viele Jahre durfte ich in Olten in der Finanzkommission mitwirken und habe in den letzten Jahren das Oltner Budget doch relativ gut gelesen. Dies bringt bereits eine gewisse Komplexität, ist aber der richtige und korrekte Rahmen, den unsere Finanzabteilung in Olten für unsere Stadt sowie unsere Grössen und Gegebenheiten ausgezeichnet gemacht hat. Ein Globalbudget darf ich noch nicht so lange, aber doch schon wieder eine Zeitlang im Kantonsrat begleiten. Das bringt eine erhebliche Komplexität mit sich. Einerseits ist es natürlich der Grösse des Kantons im Vergleich zur Stadt Olten geschuldet, aber andererseits wirklich auch der Funktionalität eines solchen Globalbudgets. Was ich Euch effektiv bestätigen kann, ist, dass man dort deutlich, mit grossem Abstand, einen kleineren Impact als Parlament, als wir dies in Olten haben. Das müssen wir uns ganz klar bewusst sein. Ich habe nicht das Selbstbewusstsein von Lukas Lütolf, der dem Präsidenten der Finanzkommission des Kantons Solothurn erklärt, dass er bei der Beurteilung eines solchen Globalbudgets falsch liegt, aber kann dies jetzt einfach aus meiner Warte erklären, mit meinen bescheidenen Kenntnissen und kann wirklich beliebt machen, es wäre mit Kanonen auf Spatzen geschossen, wenn Olten ein solches Globalbudget bei uns einführen würde. Ich denke, in unserem eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Stadt und in Anbetracht dessen, was dies alles kosten würde, und dem geringen Nutzen, im Gegenteil, wir hätten sogar weniger Impact, empfehle ich Euch wirklich, den Vorstoss nicht erheblich zu erklären.

Christian Ginsig: Ich möchte aus der Sicht als Neuling im Kantonsrat auch noch etwas sagen. Auch danke ich für die Voten von Thomas Fürst und Luc Nünlist. Ich glaube, diejenigen, die schon ein wenig länger im Oltner Gemeindeparlament dabei sind, kennen noch die alte Situation. Man hatte irgendwann ein 50er-Parlament und kam dann zum Schluss, man wolle die Parlamentsstrukturen reduzieren. Man ist in Olten auf 40 Gemeindeparlamentarier gekommen und hat insbesondere auch die Kommissionsarbeit deutlich reduziert. Wer davon ausgeht, dass die Verwaltungsarbeit, und das kann ich jetzt aus der neuen Funktion klar sagen, ich bin neu im Kantonsrat und noch nicht so lange dabei, die Arbeit wird auch mit einem Globalbudget für uns Parlamentarier nicht weniger. Das Ganze verlagert sich einfach aus dem jetzigen Parlamentsbetrieb in die Kommissionsarbeiten. Es gibt vorberatende Kommissionen. Bei mir zum Beispiel bei der Solothurner Gesundheitskommission gibt es noch Kommissionsausschüsse, die ebenfalls vorberaten. Das heisst einfach, es führt zu einer Verlagerung. Ich bin im Moment daran, den Voranschlag 2022 zu lesen. Das ist ein Buch mit hunderten Seiten. Die Verwaltung hat auch ihrerseits nach wie vor einen sehr hohen Aufwand. Wir Parlamentarier müssen die Arbeit in dieser Rolle einfach vorberatend erledigen. Natürlich kann man dies in Olten einführen. Ich habe aus allen Voten von Olten jetzt!, SP, FDP, SVP, CVP überall gute Argumente dafür und dagegen gehört. Man muss sich einfach bewusst sein, und das hat auch Urs Knapp klar gesagt, wenn wir jetzt diesen Entscheid fällen, dass wir wieder Kommissionen einführen müssen, wir müssen sie mit kompetenten Leuten besetzen, und wir müssen auch von den Parteien her in der Lage sein, dies wirklich abzudecken. Der Aufwand ist nicht unerheblich. Ich merke natürlich auch, dass man die Kompetenzen dadurch mehr in die Exekutive gibt, was ich inhaltlich sehr unterstütze, was aber in der Gegenrichtung auch dazu führt, und dessen müssen wir uns im Parlament auch bewusst sein, dass die Vorstossflut, die wir im Oltner Parlament jetzt schon beklagen, noch einmal zunehmen wird, weil dann wirklich jeder einzelne Auftrag, wo ein Parlamentarier das Gefühl hat, einfach in Form eines Vorstosses kommt. Alles in Allem: Alles hat Vor- und Nachteile. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass der Verwaltungsaufwand sehr hoch ist, wenn man auf ein solches System umstellen möchte.

Martin Räber: Es war auch für mich sehr aufschlussreich, diese Voten zu hören. Ich denke, es hat sich auch ein wenig gezeigt, dass viele gesagt haben, grundsätzlich finden wir es gut, aber wir haben etwas die Befürchtung, dass es sehr aufwändig oder sehr schwierig wird, aber eigentlich würden wir es ja schon gut finden. Das ist das etwas vorherrschende Gefühl, das ich eigentlich aus dieser Debatte mitgenommen habe. Ich glaube, dass wir uns letztendlich nicht nur über Kosten unterhalten und auf dieser Seite irgendwie Einfluss nehmen könnten, sondern tatsächlich bei den Wirkungen und Indikatoren, die man festlegen kann, die Verwaltung auch mitzusteuern, habe ich etwas das Gefühl bekommen, dass viele

dafür zu haben wären, aber die Befürchtung hatten, dass es die Kommissionen dazu mehr braucht. Das glaube ich auch. Es herrscht die Angst, dass dies vielmehr Aufwand erzeugen würde. Einmal ist das Beispiel von Lysistrada erwähnt worden, über das wir dann nicht mehr genau reden könnten. Das stimmt. Aber wir könnten in einem Fall natürlich gewisse Wirkungsziele vorgeben, die fordern würden, was zum Beispiel das Ziel von Lysistrada ist, und dies anhand von konkreten Indikatoren messen etc. Das Selbe auch bei anderen Produktegruppen, wo man dann ganz gezielt sehen würde, was erreicht wird. Wir kriegen ja dann irgendeinen Bericht von der Verwaltung wo man sieht, was gemacht wird. Ich habe es von Gemeinden, die dies haben, angeschaut. Es gibt auch kleinere Gemeinden, die dies machen. Ein solcher Verwaltungsbericht ist sehr interessant und aufschlussreich, weil er wirklich eine Rapportierung über das, was gemacht wurde, macht und wie diese Ziele erreicht wurden. Das gäbe einfach eine ganz andere Art von Umgang. Ich sehe ein, dass gewisse Befürchtungen bezüglich Mehraufwand vorhanden sind. Aber wir wissen es nicht so genau. Es ist so etwas im Ungewissen. Es ist mehr so eine diffuse Angst da, auch, dass es zu viel sein könnte. Ich möchte noch einmal betonen, dass ich es viel interessanter fände, wenn man strategisch mehr tätig sein könnte. Danke.

Heinz Eng: Ich möchte es nicht verlängern, aber noch zwei, drei Punkte erwähnen. Ich glaube, sowohl, was Thomas Kellerhals als auch, was Marc Winistörfer gesagt hat, ist die Lehre von den Forschungen der Unis usw. eigentlich eindeutig. Von der Diskussion her ist in diesem Sinne nicht klar, dass man das Globalbudget ins Zentrum stellt. Aber das ist falsch. Es ist der Leistungsauftrag, die Produktegruppe. Das Globalbudget ist die resultierende aus den Leistungsaufträgen. Das muss man sich ganz banal so vorstellen. Die Stadt Olten erhebt Steuern. Das ist der Leistungsauftrag. Nachher wird in der Produktegruppe definiert, was es alles dazu braucht, und am Schluss heisst es, diese finanziellen Mittel brauchen wir dazu. Jetzt wird alles über das Globalbudget gedreht. Man fängt eigentlich hinten an. Aber ganz vorne ist ein ganz anderer Abspann. Sonst habe ich in meinen vier Jahren irgendwie etwas falsch verstanden. Aber das kann auch sein. Ich konnte nicht so gut Französisch. Sehr bedenklich ist auch, und das sehe ich, wenn ich noch einmal den Auftrag lese, «weiterhin möglich ist Steuerung mit separaten Nachtragskrediten». Da wird leider eigentlich von Felix Wettstein schon antizipiert, wenn es dann mit dem Globalbudget nicht geht, schiessen wir einfach noch ein paar Nachtragskredite hinten nach. Auch das ist eigentlich falsch. Man ist innerhalb dieses Globalbudgets und fertig Schluss. Entweder reicht es oder es reicht nicht. Sonst muss man entsprechend Gegensteuer geben oder Massnahmen ergreifen. Mich erstaunt jetzt, dass die Stadt Aarau dies macht. Die Euphorie, da könnt Ihr schweizweit schauen, des ganzen WOV, ist ein wenig verflogen. Es gibt andere finanzpolitische Instrumente, wo man nachher entsprechend die Finanzplanung, Investitionsplanung und auch die Budgetierung machen kann.

Dr. Christine von Arx: Ich kann mich zuerst einmal, was vielleicht ein wenig erstaunt, tatsächlich den Voten meiner zwei Juristenkollegen anschliessen, auch wenn dies jetzt schon zum zweiten Mal in zwei Abenden vielleicht etwas seltsam tönt. Aber man muss jetzt einmal schauen, woher dies kommt. Das Globalbudget, die Begriffe New Public Management oder WOV. Sie sind tatsächlich in den Neunziger Jahren so richtig aufgekommen. Das war gleich nach dem Fall der Berliner Mauer, als der Kapitalismus so richtig durchgeschlagen hat, die Tendenz hatte, den Staat abschaffen und zurückbinden zu wollen. Dazu musste man auch die Macht der Parlamente schwächen, und man wollte aus dem Staat eine Firma machen, weil eine Firma eher hierarchisch strukturiert ist. Der Verwaltungsrat gibt klare Ziele vor, die umgesetzt werden müssen. Jetzt leben wir in einer Demokratie. Demokratie ist halt mühsam. Es gibt Checks and Balances, es gibt ein Parlament, das Gewicht hat, es gibt eine Verwaltung, die arbeitet, es gibt eine Exekutive, welche die Aufträge des Parlaments umsetzen muss. Es ist eine ständige Diskussion und ein ständiges Gefeilsche, teilweise um Details. Aber genau dies macht einen demokratischen Staat aus. Das führt auch dazu, dass man zwischendurch ein wenig ineffizient ist. Ich denke aber, am Schluss kommen dann tatsächlich immer gute Lösungen heraus. Der Kanton hat WOV. Der Kanton hat aber eine ausgeklügelte Gesetzgebung dazu. Diese müssten wir zuerst schaffen. Ob das Resultat im Kanton befriedigend ist oder nicht, kann ich nicht

beurteilen. Ich zweifle aber daran, dass es wirklich einen Mehrwert hat. Ich sehe jetzt nicht, dass es im Kanton Solothurn wahnsinnig viel besser als an anderen Orten geht. Wenn man es praktisch anschaut, wenn man dies einführen will, muss man eine Grundsatzdiskussion über den Sinn und Zweck eines Parlaments führen, der Position der Exekutive und der Position der Verwaltung. Das ist in zwei Jahren nicht gemacht. Es ist ein länger dauernder Prozess, in dem man nicht nur die Parteien, sondern auch andere Anspruchsgruppen oder Leute, die in diesem System arbeiten, einbeziehen muss. Man muss ein Gesetz ausarbeiten. Diejenigen, die mit mir zusammen die Gemeindeordnung revidiert haben, wissen schon nur, welche Arbeit die Gemeindeordnung war, und wir haben die Welt nicht revolutioniert. Wir haben einfach das bestehende System genommen und ein paar, eher minime Änderungen daran vorgenommen. Wir haben die Kommissionen abgeschafft. Aber wir haben nicht das Parlament aufgelöst. Im Gegenteil, wir haben den unsinnigen Begriff WOV aus der Gemeindeordnung entfernt, weil wir gesehen haben, dass dies nie umgesetzt wurde und wir auch das Gefühl hatten, es wird nie ernsthaft ein Thema werden. Ich zweifle auch daran, dass wir Leute finden werden, die schon nur diese Diskussion sinnvoll führen können, was dies juristisch und ökonomisch bedeutet, wenn wir ein Globalbudget einführen, und welche Steuerungselemente man einführen muss, damit das Parlament doch eine gewisse Kontrolle behalten kann, nachdem man schon ausdiskutiert hat, welche Kontrollmöglichkeiten man überhaupt will. Auch hier gibt es schon Differenzen. Von daher gesehen muss ich Urs Knapp recht geben. Wenn man nicht bereit ist, dies wirklich einzuführen, sind es einfach hinausgeschossenes Geld und Ressourcen, wenn man jetzt in die mehrjährige Diskussion hineingeht, ein ganzes System aufbaut, ein Gesetz dazu schreibt und es nachher ablehnt. Ich teile diese Bedenken. Ich finde, WOV und die Globalbudget-Sachen sind demokratiepolitisch fragwürdig. Die einzige Bemerkung zum Bericht des Stadtrats, was sicher kein Gegenargument für Globalbudgets sein darf, ist, dass man dann irgendwie ein paar Franken für ein Softwareprogramm ausgeben muss. Ich denke, das kann es ja jetzt nicht sein.

Tobias Oetiker: Ich habe vier Punkte, die für mich für dieses Globalbudget respektive für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung sprechen. Der erste ist, dass ich mich jedes Mal, wenn wir im Parlament über das Budget diskutieren, extrem darüber ärgere, wenn über solche Minibeträge grosse Diskussionen geführt werden. Wir diskutieren dann von unserem Volumen von irgendwie 110 Millionen über Fr. 500.— für dies und das. Es ist lustig. Man kann dies machen. Wir fühlen uns dann wichtig, weil wir eine halbe Stunde darüber diskutiert haben. Aber in der Realität, all das Geld, das wir in Olten ausgeben, wird für ganz andere Sachen ausgegeben. Jetzt kann man aus Verwaltungssicht sagen, dann macht das Parlament nichts Schlimmeres. Ich will das niemandem unterschieben. Aber wir machen Mikromanagement. Damit ist unsere Zeit nicht sinnvoll verbracht. Ich denke, die Argumente, die vorhin von verschiedenen Personen gekommen sind, wenn wir WOV einführen wird alles viel komplexer. Es ist nicht so, dass es komplexer wird. Nur nehmen wir dann wahr, wie komplex es ist. Ich finde, das ist eine gute Sache, wenn uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch klar wird, wie komplex es in unserer Stadt ist und all die Zusammenhänge. Es wird ja nicht schwieriger oder weniger schwierig in der Stadt, sondern es ist nur unsere Wahrnehmung, die sich plötzlich auf das wahre Problem fokussiert und von irgendwelchen Tischen weggeht, die man vielleicht doch schon ersetzen muss oder erst in einem Jahr. Ich meine, klar, wir können darüber reden. Aber es gibt noch viel mehr Sachen, und es wäre doch wichtig, dass wir als Parlament eine gewisse Flughöhe haben, bei der wir über die Sachen reden, die in der Stadt schlussendlich auch Wirkung haben und nicht symbolmässig über Tische in der Stadthalle. Es ist auch das Argument gebracht worden, dass Globalbudgets kompliziert sind. Das kann man vielleicht auf Kantonsebene und Bundesebene machen. Aber für uns als kleines Oltners Städtchen ist dies eine totale Überforderung. Freienbach SZ hat eine Gemeindeversammlung und ein Globalbudget. Ich habe vorhin das Protokoll der Gemeindeversammlung angeschaut. Da reden Leute, die an der Gemeindeversammlung sind, über die einzelnen Bereiche und sagen, sie fänden, wenn man diesem und jenem mehr Gewicht gäbe, wäre dies wichtig. Es scheint offensichtlich sogar noch an einer Gemeindeversammlung möglich zu sein, über ein Globalbudget zu diskutieren, wenn es entsprechend aufgegleist ist. Der letzte Punkt, der mir wichtig ist, ist,

dass wir in der Verwaltung in Olten Leute haben, die sich tagaus, tagein mit diesen Problemen in der Stadt herumschlagen und sich Gedanken machen, wie man für diese Themen am besten Lösungen für finden kann. Indem wir ein Globalbudget, eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung haben, nutzen wir die Ressourcen, die wir in der Stadt von diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben, wesentlich besser aus, als wenn wir in der Budgetsitzung hier und dort noch ein wenig Geld weg kürzen oder dort noch ein wenig Geld mehr hineinwerfen. Wir haben Leute angestellt, die sich mit diesen Problemen auseinandersetzen. Geben wir ihnen doch Aufträge, die der Komplexität der Arbeit, die sie machen, auch gerecht werden und nicht am Schluss noch über ein paar Franken diskutieren. In diesem Sinne bitte ich Euch, stimmt doch ja. Gehen wir auf diesen Weg. Es wird im Moment nichts eingeführt, sondern wir finden zusammen eine gute Lösung, die für Olten passt und für Olten eine Lösung gibt, bei der wir als Parlament auf einer Flughöhe arbeiten können, auf der wir dann in Olten auch eine Wirkung haben und nicht über Fr. 500.— dort und Fr. 10'000.— hier diskutieren.

Christian Ginsig: Ich danke Christine von Arx für ihre Ausführungen. Ich schätze sie als Parlamentskollegin sehr und vor allem auch ihre juristischen Einschätzungen, die sie immer sehr gewissenhaft macht. Sie war ja an der letzten Reorganisation auch beteiligt. Ich möchte einfach beliebt machen, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, wir möchten den Dialog erweitern, anstatt jetzt wieder eine Verwaltungsreorganisation zu lancieren, bei der wir unglaublich viele Ressourcen in die Verwaltungsstrukturen investieren, da einfach der Hinweis für all diejenigen, die vielleicht nein stimmen wollen, dass man dieses Engagement und diese Zeit lieber in einen grösseren Dialog und Austausch mit dem Stadtrat investieren würde, dem Stadtrat Zeit geben, dass er sich diese Zeit, anstatt in eine Verwaltungsreorganisation lieber hier nimmt, eine oder zwei Sitzungen à la Disteli-Gespräche, die erfolgreich durchgeführt wurden, den Dialog zu erweitern, uns Gemeindeparlamentariern vermehrten Einblick in ihre Arbeit zu geben. Ich glaube, dies würde die Situation auch auf eine einfache dialogische Art und Weise entspannen, und als Letztes, es wäre dann vielleicht auch eine Chance, dass wir Parlamentarier mit der jetzigen Struktur einfach auch das Budget im Jahr früher erhalten würden, dadurch den Dialog mehr pflegen könnten und es vielleicht auch unkomplizierter wäre, gewisse Budgetdiskussionen zu führen.

Matthias Borner: Erstens merci vielmals für die sachliche Diskussion in dieser Frage. Ich stelle fest, dass der Bedarf nach einer befriedigenden Budgetdiskussion sehr gross ist. Ich möchte nur noch kurz richtigstellen, dass wir in der Stadt nicht planlos unterwegs sind. Wir wandeln nicht im Dunkeln. Was das Globalbudget betrifft, haben wir einen Finanz- und Investitionsplan, der uns über sieben Jahre aufzeigt, wohin es geht. Es ist nicht so detailliert. Aber ich möchte nur klarstellen, dass wir auch nicht ganz blind herum budgetieren. Wir haben auch ein Planungsinstrument.

Manuela Höfler: Ich muss auch noch etwas sagen. Es haben jetzt einfach zu viele Männer gesprochen. Ich finde es megaspannend, wie wir uns jetzt hier sehr langfädig darüber austauschen, gibt uns dies mehr Macht, gibt uns dies weniger Macht? Zahlen wir mehr dafür? Haben wir am Schluss mehr in der Kasse oder weniger? Am Schluss geht es um eine Sache. Wir haben Profis in der Verwaltung, die ganz genau wissen, was in ihren Fachbereichen das Beste ist. Ihr seid zum Teil selber auch in Verwaltungen engagiert. Ihr wisst dies. Es gibt wirklich nichts Nervigeres, als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die jedes Jahr wieder das Gleiche fragen und nicht verstanden haben, worum dieses Business eigentlich geht. Das ist okay. Das ist Demokratie. Aber wir müssen verstehen, wenn wir im Budget darüber streiten, ob wir jetzt hier diesen Berater zahlen wollen oder nicht, und wir wissen eigentlich gar nicht, worum es dort inhaltlich geht, haben wir eben nicht darüber gesprochen, was wir für unsere Stadt wollen, sondern wir haben darüber geredet, ob wir mehr oder weniger Geld für etwas, bei dem wir nicht wissen, wofür es eigentlich ist, wollen. Wenn wir im Budget zum Beispiel einfach externe Berater streichen und haben keinen blassen Schimmer. Teilweise sieht man es ein wenig. Aber eigentlich verstehen wir es inhaltlich nicht. Die Verwaltung muss ja zum Teil einfach auch externes Know-how einkaufen, gerade hier in Olten, wo die Verwaltung so schlank ist. Ehrlich gesagt finde ich es

erstaunlich, was die Leute hier leisten. So wenig Leute machen einen so guten Job in dieser Verwaltung. Dann müssen wir ihnen auch Vertrauen schenken, dass sie das Beste machen und auf ihrem Gebiet Profis sind. Ich finde, es ist ein riesiges Zeichen von Grösse, wenn wir jetzt sagen, wir wollen einen Systemwechsel, wir wollen darüber reden, was wir für unsere Stadt erreichen wollen. Wirkungen sind viel wichtiger, und die Stadt muss nachher überlegen, okay, was kostet dies? Ich habe ebenfalls mit Aarau telefoniert und auch mit diesem Controller, und ich fand ganz spannend, was er gesagt hat. Er hat gesagt, Leute, das ist nicht einfach. Aber es ist interessant und sehr, sehr wirkungsvoll. Es ist ein Prozess, und wenn wir jetzt nicht Mut haben, um einen Prozess aufzugleisen, ist dies okay. Wir müssen uns fragen, was wir erreichen wollen. Aber ein Grund abzulehnen darf es nicht sein, um zu sagen, wir wissen es nicht so genau. Werden wir dann noch etwas zu sagen haben? Oder ich möchte im Budget doch über den Blumenstrauss entscheiden können. Es sind schon grosse Würfe. Das ist okay. Es kostet vielleicht irgendwie auch etwas. Wir dürfen es ja etappieren. Der Stadtrat hat es zum Beispiel im Griff, die Ausgestaltung jetzt zu planen. Er kann sagen, bis dann und dann haben wir dieses Softwaresystem. Dann müssen wir es sowieso ablösen. Dann könnten wir dies mit den anderen Gemeinden so und so lösen. Er hat freie Hand zu überlegen, wie er dies aufgleisen möchte, also kann er auch sagen, dies kostet uns zu viel, dies kostet uns zu wenig. In Aarau mussten sie es zum Beispiel über vier bis fünf Jahre einführen. Alles auf einmal war nicht möglich. Das war eine Überforderung. Also hat man bei den Produktgruppen oder zum Beispiel jetzt bei uns Direktion um Direktion geschaut, wie man dies machen kann. Das ist alles umsetzbar. Wir müssen jetzt auch nicht das Gefühl haben, wir erfinden das Rad neu. Es hat viele Gemeinden mit einer vergleichbaren Grösse, die dies geschafft haben und, was spannend ist, es hatten auch viele Gemeinden Probleme. Ihr könnt dies alle im Internet nachlesen, wenn Ihr recherchiert. Aber wir können ja aus diesen Problemen lernen und müssten wenigstens nicht die gleichen Fehler machen. Ich finde auch, dass die Machtfrage eigentlich kein Argument sein darf, dagegen zu stimmen. Was ist mächtiger, über einen Blumenstrauss zu entscheiden oder zu sagen, was wir am Schluss für dieses Geld wollen? Wir können es ja wie nicht so ganz einschätzen, wenn man im Budget eine gewisse Grösse, eine finanzielle Frankengrösse, was wir dann dafür bekommen werden. Aber wir können sagen, was wir wollen. Dann müssen sie in der Verwaltung schauen, wie es mit den Budgets, die sie haben, gangbar ist. Ganz spannend sind ja zum Beispiel auch das Personalbudget und die Sachkredite. Da kann man als Verwaltungsperson entscheiden, muss ich noch schnell jemanden anstellen, um zu schaffen, was ich in meinen Kennzahlen und Indikatoren habe, oder brauche ich diesen Sachkredit dafür? Jetzt streiten wir zum Beispiel über eine Fachstelle. Das ist überhaupt nicht relevant. Wir wissen gar nicht, welches Know-how die Stadt intern braucht, sondern wir müssen ihnen sagen, wir wollen dies, dies und jenes haben, wir wollen diese Konzepte haben, wir wollen diese Dienstleistungen. Dann stellt die Stadt selber jemanden ein oder nicht, macht einen externen Auftrag oder stellt jemanden fest an. Das sind einfach so die Überlegungen, die wir uns machen müssen, wenn wir jetzt darüber abstimmen. Ich würde Euch wirklich ans Herz legen, haben wir doch ein wenig Mut, über Wirkungen zu reden anstatt über Franken. Merci.

Dr. Christine von Arx: Manuela, Deine Argumente sind im Prinzip die besten Argumente gegen das Globalbudget gewesen. Es ist tatsächlich so, wenn man ein Globalbudget hat, ist die Aufgabe des Parlaments noch, die Produkte, die Produktgruppen, die Aufgaben, wie man es immer nennen will, zu definieren und wie viel Geld dafür zur Verfügung steht. Das muss sich nicht decken. Dann ist es die Exekutive oder die Verwaltung, die entscheidet, wo Abstriche gemacht werden und wo nicht. Das ist dann nicht immer zwingend im Sinne des Parlaments. Es geht tatsächlich um eine Machtfrage. Wir leben in der Schweiz in einer Demokratie, wo man im Prinzip das Primat des Parlaments hat. Am Schluss entscheidet das Parlament oder das Volk, je nachdem, wie man es hat, was läuft. Die Exekutive muss dies umsetzen, und ganz sicher umsetzen muss es die Verwaltung. Es kann ja nicht sein, dass wir in unserer Demokratie jetzt ein System schaffen, bei dem nachher alles Wissen und alle Macht bei der Verwaltung ist. Da schaffen wir uns als Parlament ja gleich selber ab. Damit dies nicht passiert, braucht es wirklich eine tiefgreifende Diskussion, was die Rolle des Parlaments ist und wie es seine Führungsfunktion gegenüber der Exekutive und auch

gegenüber der Verwaltung wahrnehmen will. Das ist nicht in fünf Minuten gemacht. Da gibt es viele Leute, die mitreden wollen und können, und es gibt viele Sachen, über die man nachdenken muss. Wenn man dann einmal eine Idee hat, muss man dies auch noch technisch, juristisch umsetzen. Auch dies ist nicht an zwei Abenden gemacht. Urs kann dies bestätigen. Wir hatten die Reduktion des Parlaments auf 40 Personen und die Abschaffung der Kommissionen auch nicht in drei Sitzungen, und es war noch nicht die Revolution. Wenn man von daher gesehen nicht bereit ist, dies zu investieren, muss man hier gar nicht anfangen, wenn man nicht hundertprozentig überzeugt ist, dass man dies will. Ich bin nach wie vor skeptisch gegenüber diesen Globalbudget. Im Übrigen sehe ich auch noch nicht, wenn man die Bevölkerung einbeziehen kann, wie man dann über dieses Globalbudget abstimmen kann. Gibt es dann eine Abstimmung, wie jetzt über den Steuersatz? Wie verhält sich dies? Kann man über den Steuersatz abstimmen aber nicht über die Aufgaben? Auch dies muss man durchdiskutieren. Für diejenigen, die dies mühselig finden, über die kleinen Beträge zu befinden: Es ist meiner Erfahrung nach tatsächlich das Bedürfnis eines Teils der Einwohnerinnen und Einwohner, die auf ihre Parlamentarierinnen oder Parlamentarier zugehen und sagen wollen, wir sollten, für was auch immer, mehr Geld haben. Mehr Geld für Lysistrada, keine Kürzung bei den Jungschützen. Die Flughöhe auf einer Gemeinde ist tatsächlich dies. Wenn man jetzt mit Freienbach kommt, das über Globalbudget diskutiert, ist diskutieren eine Sache. Das ist immer schön und gut. Die Frage ist, was real die Einflussmöglichkeit dieser Gemeindeversammlung ist. Auch dies sieht man nicht anhand eines Protokolls. Rein wegen des Aufwands, der entstehen wird, wenn man versucht, dies umzusetzen, nicht nur frankenmässig, nicht das Programm, das ist für mich noch das kleinste Problem, sondern einfach das Know-how, die Stunden, die x Leute damit verbringen werden, Diskussionen zu führen. Da bin ich der Meinung, dass es dies nicht bringt. Wir haben diese Ressourcen.

Beschluss

Mit 24 : 16 Stimmen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleiter der entsprechenden Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2022

Prot.-Nr. 48

Rücktrittsschreiben Myriam Frey Schär

Parlamentspräsident Florian Eberhard: Wenig erfreulicherweise haben wir ein Rücktrittsschreiben von Myriam Frey erhalten. Sie wird den Rat nach zwölfenhalb Jahren verlassen. Ich lese ihr Rücktrittsschreiben kurz vor.

«Ich werde nach der Sitzung vom 26. und 27. Januar aus dem Gemeindeparlament zurücktreten. Nach zwölfenhalb Jahren ist es zwar nicht verkehrt, dem politischen Nachwuchs Platz zu machen. Aber offen gestanden hätte ich gerne noch ein paar Jahre weitergemacht. In der letzten Zeit habe ich aber gemerkt, dass Arbeit, Kantonsrat, Parteipräsidium und Gemeinderat in der Summe gesundheitlich nicht mehr tragbar sind. Aus diesem Grund werde ich im Verlaufe der kommenden Wochen zunächst meine zeitintensivsten kommunalpolitischen Mandate niederlegen und im Anschluss meine Arbeitslast neu evaluieren. Ich möchte mich bei meinen politischen Weggefährtinnen und –gefährten über das Parteispektrum hinweg ganz herzlich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedanken. Selbst bei fundamentalen Meinungsverschiedenheiten und meinen streitlustigen Momenten fühlte ich mich stets respektiert und ernst genommen. Das ist nicht selbstverständlich. Ich verlasse den Gemeinderat aber auch mit einem lachenden Auge. Es ist schön zu sehen, wie auch in Olten vermehrt junge Menschen die politische Arena für sich beanspruchen. Ich freue mich darauf, die Verwirklichung ihrer Visionen und Ideen von der Seitenlinie aus zu verfolgen».

Liebe Myriam

Deinen Rücktritt empfinde ich als sehr grossen Verlust für diesen Rat. Durch Deine pointierten und hochstehenden Voten bist Du für mich immer sehr aufgefallen und warst auch menschlich eine grosse Bereicherung für dieses Parlament. Ich wünsche Dir von ganzem Herzen alles Gute für die Zukunft, hoffentlich auch etwas ruhigere Zeiten und viel Freude an Deinen neuen zukünftigen Projekten.

Manuela Höfler, Fraktion Grüne/Junge Grüne: Du bist heute zum letzten Mal als Gemeinderätin an dieser Parlamentssitzung dabei, und ich glaube, es ist kein Geheimnis, dass Du mit Abstand unsere routinierteste Parlamentarierin der grünen Fraktion bist. Auch sonst gehörst Du zu den „Seniorinnen“. In den letzten fast dreizehn Jahren hast Du in diesem Rat und unserer Stadt kräftig Spuren hinterlassen. Dein Wort zählt etwas, und mit Deinem grossen Sachverstand und Deiner klaren Sprache bringst Du die Sachen auf den Punkt, gerade gestern zum letzten Mal bei der Winkel-Debatte, die eine verwinkelte Debatte war. Aus ausgebildete Architektin hast Du Dich natürlich ganz besonders für Bauvorhaben eingesetzt, bei grösseren und kleineren, beim Generationenspielplatz, beim Schulhaus, bei den flankierenden Massnahmen zur ERO und bei der Parkhaus-Debatte, aber auch bei Projekten zur Gewinnung von Solarenergie oder bei den Sanierungen des Stadthauses und der Eissportanlage. Du hast unmissverständlich Stellung bezogen, wenn die Stadt in ihrer Sparwut mehrere Fachstellen abgeschafft hat, zum Beispiel die Fachstelle Stadtentwicklung, die Fachstelle für Umwelt, Energie und Mobilität und die Auflösung von fast allen Sachkommissionen. Dir war klar, dass sich die Stadt bei diesen strategisch wichtigen

Themen für eine nachhaltige Entwicklung selbst ein Bein stellt und dass es sehr, sehr viel brauchen wird, um die entsprechenden Kompetenzen wiederaufzubauen. Ein anderes zentrales Anliegen von Dir war immer wieder die verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Beruf und ausserberuflichen Engagements. Deshalb gehören familien- und schulergänzende Betreuungsangebote zu Deinen Kernthemen. Wenn es darum geht, die Haltung der grünen Fraktion in eine griffige Medienmitteilung zu giessen, dann war auf Dich immer Verlass. Seit gut zwei Jahren bist Du jetzt auch Kantonsrätin. Du hast die beiden Parlamentsämter und das Präsidium der Stadt- und Regionalpartei parallel ausgeführt und Dich auf allen Ebenen eingesetzt. Wir verstehen gut, dass dies neben Beruf und Familie nicht ewig geht, auch wenn wir Dich natürlich nur sehr ungerne gehen lassen. Du bleibst zum Glück Kantonsrätin und wirst Dich in dieser Rolle weiterhin für unsere Stadt einsetzen. Es bleibt uns nur zu sagen, wir danken Dir für alles, liebe Myriam, und wir wünschen Dir von ganzem Herzen weiterhin viel Schaffenskraft, Inspiration, Energie, Zufriedenheit und viele, viele Gelegenheiten, um herzlich zu lachen, auch in den Kantonsratsdebatten Koalitionen schmieden und Lösungen finden. Alles, alles Gute und merci vielmals.

Myriam Frey Schär: Danke, vielmals.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Florian Eberhard: Liebe Myriam, auch wir wünschen Dir alles Gute. Ich glaube, ich kann im Namen des ganzen Parlaments sprechen.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Parlamentspräsident Florian Eberhard: Euch allen danke vielmals für die gute Mitarbeit. Es hat sehr gut funktioniert. Wir werden uns im März wiedersehen, sehr wahrscheinlich ebenfalls online. Dazu werden wir bald informiert. Ich wünsche Euch einen schönen Abend und bis bald.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.